

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

110 (12.5.1922)

# VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 28 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 24 M.; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruher Abgaben abgeholt 2 M. monatlich. — Einzelheft 1 M. — Anzeigen: Die einpaltige Kolonelleite 240 M., auswärts 280 M. Die Reklamelleite 750 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Genua

### Ueberreichung der russischen Antwortnote

Wie aus Genua gemeldet wird, ist die russische Antwortnote gestern vormittag 11 Uhr von Tschitschew in verständig überreicht worden. Die der Reichsregierung überreichte Antwortnote ist, wie die russische Antwort darauf, das es nicht unbedingt zu einem Bruch kommen muß.

Am 11. Mai, die Antwortnote der russischen Delegation auf das Memorandum der Alliierten vom 2. Mai, ist dem Reichsminister in eingehender Form gegen die in dem Memorandum ausgesprochenen Auffassungen und läßt dann auf folgende Punkte zu sprechen: Die russische Regierung hat ihre Vertreter auf die Konferenz von Genua geschickt, in der Hoffnung, hier mit den anderen Staaten zu einer Einigung zu gelangen, welche, ohne an den Folgen der Revolution und der stetig zurückgewiesenen Interventionen aufgestellten sozialen und politischen Regime zu rühren, nicht zu einer Erschwerung, sondern zu einer Erleichterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Russlands führen und gleichzeitig den Weg zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Europas frei machen würde. Aber dieses Ziel setzte voraus, daß die fremden Mächte, welche die bewährteste Intervention in Russland organisiert haben, darauf verzichten würden, zu Russland im Tone eines Siegers gegenüber einzutreten zu sprechen. Russland ist, um zu einer Einigung zu gelangen, bereit, den fremden Mächten erstrebte Vorteile zu machen, aber durchaus nur unter der Bedingung, daß diesen Konzessionen gleichwertige Konzessionen des anderen Teiles zu Gunsten des russischen Volkes entsprechen. Ein anderer Grund für die Schwierigkeit der Situation nachgelegter Ausweg wäre eine geeignete Annäherung der aus der Vergangenheit zwischen Russland und den anderen Mächten entfallenden Ansprüche und Gegenansprüche; aber auch in diesem Falle ist die russische Regierung noch entschlossen, die Interessen der Kleinrentner zu achten.

Die russische Delegation kann nicht umhin, zu betonen, daß die Besprechungen, welche stattgefunden haben, einer engeren Annäherung zwischen Sowjetrussland und den fremden Mächten den Weg geöffnet haben. Die russische Delegation gibt daher der Hoffnung Ausdruck, daß bei der Abfertigung der zwischen ihr und den fremden Mächten abhängigen finanziellen Schwierigkeiten der vorerwähnten Meinungsverschiedenheiten nicht hinderlich sind, daß die anderen alle Länder interessierenden Probleme zu allererst für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und Russlands und die Festigung des Friedens in Genua gelöst werden können und müssen. Russland ist auf die Konferenz mit verständlichen Wünschen gekommen und gibt sich auch weitere der Hoffnung hin, daß sein Streben in dieser Hinsicht mit Erfolg gekrönt sein wird.

Wie die Blätter aus Genua melden, sieht man dort in englischen und italienischen Kreisen die durch die russische Antwortnote geschaffene Lage als günstig an. Die russische Note gebe genügend Punkte zu weiteren Verhandlungen. Auf italienischer Seite glaubt man, mit einer weiteren Dauer der Konferenz von einem Monat rechnen zu müssen.

### Das Urteil im Prozeß um Eisners Aktien

München, 11. Mai. In dem Verleumdungsprozeß des früheren Privatsekretärs Eisners, Felix Pfeifferbach, gegen den Herausgeber der süddeutschen Monatshefte, Prof. Gogmann, den Schriftleiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Emanuel Müller, den Schriftleiter des „Bayerischen Kuriers“, Oberhuber und den Schriftleiter des „Bayerischen Vaterlandes“, Dr. Gogelmaier, wurden durch Urteil des Schöffengerichts am Landgericht München die ersten drei Beklagten von der Angeklagten des Verlebens der überlieferten freigegeben, während Dr. Gogelmaier, bei dem das Gericht die Absicht einer Verleumdung als erwiesen erachtet, zu einer Geldstrafe von 500 M. bezw. 10 Tage Gefängnis verurteilt wurde. Der Privatsekretär Eisner, bei dem die Kosten des Verfahrens gegen die Angeklagten Gogmann, Müller und Oberhuber zu tragen, während Dr. Gogelmaier die Kosten des Verfahrens gegen sich zu übernehmen hat.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß die Verleumdung Eisners als eine Fälschung im wahren Sinne des Wortes zu betrachten seien. Den Beklagten sei die Wahrnehmung berechtigter Interessen abgelehnt, insofern, als das Reichsgericht bei von Verfallenen jeden Deutschen treffe. Jeder Deutsche habe deshalb das Recht, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten zu verurteilen, auf eine Änderung des Verhältnisses hinzuwirken. Dazu gehöre die Entfaltung von unrichtigen Verleumdungen, die mit als Grundlage des Schuldpruches von unfernen Gegnern verwendet wurden.

### Errichtung einer Bannecke um das Berliner Rathaus

Nach einer Korrespondenz-Meldung wurden in einer im Berliner Polizeipräsidium stattgefundenen Besprechung, an der Polizeipräsident Richter, Bürgermeister Müller und Vertreter des Magistrats und der Gewerkschaften teilnahmen, Richtlinien für Straßendemonstrationen vereinbart. Danach soll u. a. der Platz vor dem Rathaus in Zukunft freibleiben und ein längeres Verweilen am Rathaus nicht gestattet sein. Sicherheitsbestimmungen nur in beschränktem Umfang für die Offenhaltung des Verkehrs und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bereit gehalten werden.

### Entschädigung für die zerstörten Zepeline

Nach dem „Reinhold Herald“ ist gestern vom Volkshofrat die Entschädigung, die Deutschland für die zerstörten Zepeline leistet, worden, wobei 8 Millionen auf die Vereinigten Staaten entfallen.

## Zur deutsch'en Reparationsnote

Am Mittwoch den 10. Mai, dem ersten Geburtstag des Kabinetts Wirth, hat der Staatssekretär Fischer der Reparationskommission in Paris eine neue Note der deutschen Regierung überreicht. Der Inhalt dieser Note ist, wie die Vorgänge, die ihrer Abfertigung vorangingen, einermachen verfolgt hat, dem ist klar, daß diese Note nicht einfach ins Blaue hinaus verfaßt und abgeschickt worden ist. Es sind ihr ausführliche Besprechungen in Genua und Paris vorangegangen, und weitere Besprechungen, zu denen sich der Reichsfinanzminister Dr. Herrmann nach Paris begeben wird, werden ihr folgen.

Man mündert sich daher nicht, daß die neue Note in äußerster persönlicher Ausdrucksweise abgefaßt ist, obwohl sie natürlich an dem sachlichen Standpunkt der Regierung, der durch die Tatsachen selbst diktiert wird, nichts ändern kann. Die deutsche Regierung kann nicht, wie die Reparationskommission das ursprünglich forderte, bis zum 31. Mai 60 Milliarden neuer Steuern beschließen lassen. Sie kann auch nicht der Reparationskommission oder deren Ausführungsorgan, dem Garantiekomitee, einen Einfluß zuteilen, der die Souveränität des Reiches insofern und die Gesetzgebung hat von der deutschen Volksvertretung von einer fremden Kommission abhängig machen würde. Das kann sie, wie gesagt, nicht, aber was kann sie in der Wirklichkeit? Sie kann der Reparationskommission einen Plan vorlegen, in dem sie darlegt, wie sie die Ordnung im Reichshaushalt wieder herstellen will, und sie kann sich bereit erklären, der Reparationskommission alle Auskünfte zu geben, die sie braucht, um die ihr durch den Vertrag von Versailles zugewiesene Arbeit verrichten zu können. Das kann die deutsche Regierung, und was sie kann, das zugleich im Vertrag von Versailles rechtlich begründet ist, das will sie auch tun.

Es läßt sich voraussehen, daß nach dieser Note die ganze Reparationsdebatte in ein etwas ruhigeres Fahrwasser geraten wird. In Frankreich ringen zwei Strömungen miteinander, die rein militärische, die auf jeden Fall marschieren möchte, und eine nüchternere, geschäftsbürokratische, die auf jeden Fall so bald wie möglich Bargeld setzen möchte. Frankreichs Finanzlage ist überaus bedrohlich und jebermann sieht ein, daß man sie durch kostspielige militärische Expedition, die am Ende doch nichts einbringen, nicht bessern kann. So kommt es, daß sich die Vorliebe für ein isoliertes Vorgehen gegen Deutschland in Frankreich auf sehr geringe Kreise erstreckt, während sich die weiteren ohngefragt über die Frage unterhalten, wie es mit der Deutschland zu gewöhnlichen internationalen Anleihe sich, die wenigstens für die nächste Zeit, alle drückenden Reparationsorgen zu verschleppen imstande wäre.

Hier ergibt sich aber sofort die Unvereinbarkeit jener beiden Methoden; denn wenn man ein Land mit militärischer Gewalt mahregeln bedroht, so vermehrt man sicherlich damit nicht seine Fähigkeit, zu zahlen und auch nicht die Lust der Gläubiger, ihm Geld zu borgen. Der Sichel des Marshall Hoeh, für den sich die nationalpolitischen Kreise begeistern, ist für die praktisch rechnenden Menschen kein Mittel, die Ausfichten Frankreichs auf Erhalt von Zahlungen zu verbessern, sondern nur ein gefährliches Werkzeug, mit dessen Hilfe auch die letzten Hoffnungen kaputtgemacht werden könnten.

Das isolierte Vorgehen Frankreichs bedeutet also eine Verschlechterung der ohnehin schon sehr bedrohlichen Finanzlage Frankreichs ohne Aussicht auf Besserung. Es bedeutet zugleich die gefährlichste diplomatische Krise, in die Frankreich hineingeraten könnte. Das sind Gründe genug, um annehmen zu dürfen, daß der viel besprochene 31. Mai und die ihm folgenden Wochen ohne weltgeschichtliche Eriten verlaufen werden. Man wird wahrscheinlich auf beiden Seiten verhandeln, was die neue Note eine geeignete Grundlage bildet. Man wird ein wenig hin und her gehen und darnach wird es auch noch so sein. Diejenigen, die für die nächste Zeit mit großen dramatischen Entwicklungen rechnen, werden wahrscheinlich nicht auf ihre Rechnung kommen.

### Nachklänge zum Eisenbahnerstreik

Gestern vormittag begann in Erfurt das Disziplinarverfahren gegen die beiden Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, Ernst Menne und Ludwig Thiele, sowie gegen den Vorsitzenden der Fachgewerkschaft (techn. Beamte) Thiel. Die Anklage laut ihnen zur Zeit, daß sie die ihnen als Beamten obliegenden Pflichten erheblich verletzt, den Fortschritt des Eisenbahnerstreiks verursacht haben und für die Verlängerung des Ausstands eingetreten sind. Die drei Beschuldigten haben zwar zu, an dem Streik beteiligt gewesen zu sein, bestritten aber, den Streik vorbereitet zu haben. Die Meiner in der Verhandlung erklärte, sei der Vorstand der Reichsgewerkschaft von den Beamten im Lande aufgeföhrt worden, den Streik zu organisieren, falls diese nicht selbst Teilnahmen unternahmen sollten.

Wie die Thüring. allg. Ztg. meldet, hat die Disziplinar-Kommission in dem Verfahren gegen die Herrher des Eisenbahnerstreiks im März ds. Jrs. das Urteil gefällt. Die Anzeigebildeten, Eisenbahninspektor Menne, Lokomotivführer Thiele und Eisenbahnsekretär Thiel wurden für schuldig befunden, und die Disziplinar-Kommission erklärte gegen sie auf Dienstentlassung. Von der Gewährung einer Teilentlassung wird abgesehen, da keine Gründe für eine milde Beurteilung der Handlungsweise der Beschuldigten vorhanden seien und außerdem Aussicht bestehe, daß die drei Angeklagten in der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und Angehörigen einen auszeichnenden Lebensunterhalt finden. Die Frage, ob die Angeklagten bei der Abfertigung der Taten Beamte gewesen seien, wird bejaht. Ein Streikrecht der Beamten gäbe es nicht.

## Zur Stabilisierung der Mark

Der bekannte Finanzfachverständige, Professor M. N. Ponn, macht über die Stabilisierung der Mark in der von Bardeus herausgegebenen neuen Zeitschrift „Der Wiederaufbau“ interessante Vorschläge. Er weist zunächst nach, daß eine Regelung der fremden Wechselkurse durch bloße Zahlung eines Gleichgewichts im Staatshaushalt nicht herbeigeföhrt werden kann, solange nicht der Ausgleich der Zahlungsbilanz erfolgt ist.

„Das stimmt mit den Erfahrungen überein, die man bei der Regulierung des Wechselkurses der verschiedenen Länder gemacht hat. Der Staatshaushalt ist bei ihnen dadurch ins Gleichgewicht gebracht worden, daß der Umfang der in Gold zu leistenden Zahlungsbilanz zeitweilig, sei es durch Binsfözung oder durch Anleihen vermindert wurde, während man den inneren Ausgleich nicht nur durch innere Steuern und innere Anleihen, sondern meist mit Hilfe einer Auslandsanleihe herbeiföhrt. Ein ähnlicher Weg wird auch in Deutschland beschritten werden müssen, wenn eine Regulierung der Mark versucht werden wird.“

Ein Moratorium ist zu diesem Zwecke nicht ausreichend. Der Hauptgläubiger Deutschlands, Frankreich, bedarf sofortiger Gelbzahlungen. Deutschland kann diese nicht sofort beschaffen, wenn ein weiterer Fall der Mark verhindert werden soll.

Es mag die Ausgleichszahlungen und die anderen Leistungen im Betrage von etwa einer halben Milliarde fortsetzen und dazu vielleicht eine weitere halbe Milliarde Sachleistungen liefern. In den nächsten Jahren wird aber Deutschland größere Leistungen als eine Milliarde sicher nicht aufbringen können, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wesentlich ändern. Es bedarf, um auch für Reparationszwecke wirklich leistungsfähig zu sein, einer längeren Schonzeit. Diese Schonzeit mag man auf fünf bis sieben Jahre bemessen. Diese Schonzeit mag man den Jahren an Frankreich im Ausmaß von etwa einer Milliarde Goldmark im Jahre durch Anleihe beschafft werden. Es wäre also eine Anleihe von fünf bis sieben Milliarden nötig. Ob diese Anleihe auf einmal oder in Abschnitten gegeben werden kann, muß die Zukunft lehren. Eine einmalige Anleihe-Spekulation, die den Bedarf mehrerer Jahre deckt, ist natürlich einer mehrmaligen Anleihe vorzuziehen, weil die Unsicherheit der Verhandlungen und des Erfolges nicht wiederkehren. Es wird nicht leicht sein, die Formen für eine derartige Anleihe zu finden, insbesondere, wenn man an den zusammengekrüppelten Wert des deutschen Sachvermögens denkt. Aber wenn man auf offizierter Seite die Regierung einer großen Anleihe von vierzig Milliarden in Abschnitten von 3, 7, 10 und 10 Milliarden bis zum letzten Jahre 1925 ersthaft erwägt, dann mühte der Wert für eine kleinere Anleihe gefunden werden können. Die Zinsen der Anleihe können ohne erhöhte Belastung der Zahlungsbilanz aus den Summen gedeckt werden, die heute das Ausgleichsverfahren in Anspruch nimmt.

Eine derartige Anleihe würde aller Voraussicht nach ein starkes Absinken der Goldbeuten zur Folge haben. Sie würde die Möglichkeit zum Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz bringen und damit die Grundlage schaffen, von der weitere Bewegungen der Goldbeuten eingebremst werden könnten.“

Da es nach Ansicht des Verfassers unmöglich ist, durch eine Stillhaltung den Wert der Mark dauernd zu beeinflussen, so fordert er gleichzeitig mit der Gewährung der Anleihe die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt.

„Die Herabminderung der Jahresverpflichtungen auf eine Milliarde Gold würde die Kosten des Goldmarkhaushalts bei einem Dollarkurs von 30 von 200 Milliarden Mark Papier auf 80 Milliarden Mark herabdrücken; sinkt der Dollarkurs auf 200 M., so fällt die Belastung auf 50 Milliarden. Selbst wenn diese Summe nicht sofort aus Steuern eingebracht werden kann, so ist sie ohne weiteres durch eine fundierte innere Anleihe zu beschaffen; da das Publikum, das deutsche wie das ausländische, Markwerte zehnen wird, wenn sie der Gefahr der Entwertung entgehen können. Es bedarf dann keiner neuen Schatzwechsel mehr, es wird vielleicht sogar möglich sein, einen Teil der alten Schatzwechsel, wenn sie still geworden, in fundierte Anleihen umzuwandeln.“

Die Notenpresse kann dann zum Stillstand kommen. Dann läßt sich die Reichsbank zu einem unabhängigen Bankinstitut machen. Man kann die anstehenden Banknoten in Staatspapiergeld umwandeln, und aus der Binsersparnis der sie bedeckenden Schatzwechsel einen Fonds anlegen, der sie einlöst und so den inneren Markwert langsam erhöht. Die Reichsbank selbst kann dann gegen Warenwechsel kaufmännischen Kredit geben, der allmählich wieder dringen nötig wird. Dann besteht die Hoffnung, daß die deutsche Mark in der Tat nicht mehr fällt, dann kann das Ausland mit sicheren Verhältnissen in Deutschland rechnen. Dann werden produktive Kreditgeschäfte möglich sein, die heute infolge des Salutarismus abstrahieren. Dann wird sich eine Handelspolitik bilden, die die Märkte öffnet und den Warenaustausch fördert und die Verhandlungen zu gesteigerter Güterproduktion legt, ohne die keine Lösung der großen wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart, auch nicht des Reparationsproblems, möglich ist.“

### Schließung der Daimler-Werke

Infolge kommunistischer Gewaltmaßnahmen hat, wie aus Stuttgart gemeldet wird, die Daimler Motoren-Gesellschaft ihren Betrieb auf sechs Wochen geschlossen. Der völligen Schließung der Daimlerwerke gingen, wie die Blätter melden, schwere Anstöße vor dem Werke voraus. Die arbeitswilligen Angestellten, auch die kaufmännischen, wurden zum Teil liberal ausgerichtet und mißhandelt und an dem Betreiben des Werks verhindert. Auch dritte Personen wurden arg bedrängt. Einem Norddeutschen wurden nicht nur buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen, sondern auch beargwöhnt, daß er im Werke verbunden werden mühte.

### Reinfall antisemitischer Knüppelhelden

Eine Gegen demonstration der Arbeiter  
Eine heftige Aktion wurde gestern dem unter dem Namen „Knüppel-Kunze“ bekannten Berliner Antisemiten Kunze in Dresden zu teil. Die deutsch-sozialistische Partei, die in Dresden besteht, aber keine Truppen hat, wollte am Freitag Abend den selben Kunze in einer öffentlichen Versammlung sprechen lassen. Trotz aller möglichen Vorbereitungen, sogar durch Aufbietung von Jungmannschaften gelang es Kunze nicht, seinen Vortrag über das Thema „Sollen wir verhungern?“ zu halten. Die Dresdener Arbeiter hatten es sich vorgenommen, Knüppel-Kunze einfach abzufeuern. Mit überwältigender Mehrheit wurde ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag, Knüppel-Kunze wegen seines Vortrages und seiner Taten von der Tagesordnung abzusetzen, angenommen. Als Kunze trotzdem zu sprechen verachtete, wurde er gezwungen, abzutreten. Von den deutsch-nationalen Ränglingen, die angesichts der Sachlage verließen ihre Parteiträger und schwarz-weißen Bänder abnahmen, wurden einige festgehalten, die unter ihren Mänteln an Lederriemen, Dolchmesser und Gummitaschenknäuel bei sich trugen, die ihnen abgenommen wurden. Weiter wurden zwei Personen, die am Eingange zum Versammlungsort mit Gummitaschenknäueln und Seitengewehren sich aufgestellt hatten, zur Wache gebracht. Ein neues Büro bildete sich, das dann die Versammlung fortführte. Knüppel-Kunze und seine Anhänger mußten, da sie aus der Masse nicht herauskonnten, bis zum Schluß der Versammlung belohnen.

Gegen die festgestellten und die noch festzustellenden Vorfälle soll eingeschritten werden. Ein größeres Aufheben soll wegen der zu erwartenden tätlichen Zusammenstöße oder Beschädigungen des Sozialen eingeleitet werden, brauche nicht einzugreifen, da die Versammlung ein ruhiges Ende nahm.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 11. Mai. Das Haus beginnt um 1 Uhr mit der Fortsetzung der zweiten Lesung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums.

Hr. Dr. Quast (D.Vp.) teilt den Optimismus des Ministers nicht. Gemäß hätten sich die Leistungen der Eisenbahn im letzten Jahre gebessert, aber ihrer eigentlichen Aufgabe der Güterverteilung zur rechten Zeit und an rechten Orte, sei sie nicht gerecht geworden. Das gelte besonders von der Kohle. Die Personalausgaben seien im Verhältnis zum Rückgang der Kilometerleistungen übermäßig gestiegen.

Reichsverkehrsminister Gröner sichert zunächst für die Zukunft eine schnellere und regelmäßige Erstattung des Geschäftsberichts zu und betont, daß er sich von seinem Optimismus nicht abbringen lassen werde und daß er das feste Vertrauen zum Personal und zu seinen Mitarbeitern habe, daß die Eisenbahnverwaltung wieder vorwärts kommen werde. Zweifellos sei der jetzige Personalapparat nicht imstande, dem Salutaritätswert sehr zu nennen. Industrie und Handel sollten sich aber nicht der Eisenbahnverwaltung als Gegner gegenüberstellen, sondern sich gemeinsam mit ihr bemühen, den Leistungsstand zu heben, was das beispielsweise die Hamburger Kaufmannschaft in dankenswerter Weise getan habe. Das Defizit von 1920 in Höhe von 15,6 Milliarden drücke noch heute auf unsere Verwaltung. Als das Defizit schon um etwa 5 Milliarden herabgemindert war, kam die neue Saluttabelle und ließ es wieder auf 11 Milliarden ansteigen. Das laufende Jahr werde aber wesentlich günstiger ablaufen. Solange aber Gehälter, Löhne und Materialpreise das Ergebnis der Eisenbahn weiter als Schraube ohne Ende beeinflussten, sei eine ruhige Entwicklung nicht möglich. Der Minister geht sodann auf die Personalpolitik ein und meint, daß diese in erster Linie von der Wohnungsverhältnisse im übrigen müsse dem Grundgedanken: „Dem Tüchtigen freie Bahn“ ohne Rücksicht auf das Dienstalter maßgebend sein. Wenn Ministerialratsstellen gestrichen würden, so würden darunter wieder die Techniker stehen, die für die Elektrifizierung der Bahn dringend gebraucht würden.

Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Dienst- und Arbeitszeit dürften in diesen Tagen zu einem befriedigenden Abschluß kommen. Was das Streikrecht anbelangt, so seien die Beamten noch kurz vor dem Eisenbahnstreik darauf hingewiesen worden, daß ein solches ihnen nicht zustehe. Die für die Disziplinierung der am Streik beteiligt gewesenen Beamten herausgegebenen Richtlinien würden streng gehandhabt. Neue Verfahren seien schon seit Wochen nicht eingeschaltet worden, abgesehen von einigen besonders schweren Fällen. 105 Fälle seien auf dem Disziplinarwege erledigt worden, weitere 40-50 Fälle seien noch in der Schwebe, und 168 Abmahnungen seien ausgesprochen. Diese geringen Zahlen seien bei den etwa 100 000 am Streik beteiligten Beamten kaum ins Gewicht. Bei den Verurteilungen kämen allerdings die Disziplinierten nicht in Frage. Im übrigen werde der Streik von der Verwaltung als etwas Vergangenes angesehen, um das Vertrauen zwischen Beamten und Verwaltung wieder herzustellen.

### Die Islandfischer

Von Pierre Loti  
(Fortsetzung)

Die Ritzfiguren standen noch weit offen, und mit dem Weisheitsgeruch zog gleichsam der Rest unbeschäftigter Stimmung hinaus; auf den Treppentufen lag noch das gestaute Grün und in dem weiten düstern Gewölbe flackerten die Kerzen; zahlreiche Kolibris hingen allerorts an den geweißten Wänden. Neben vertriebenen Mädchen kam ein Zug von Bräuten verschollener und den Witwen der Schiffbrüchigen aus der Toten-Lapelle; und wie sie so mit geanterten Augen, den glatten weißen Säubchen und Trauerschleier schweigend durch die bunte Menge schritten, mochte sie den Uebermühten wohl zu einer schaurigen Vorstellung dienen! Und ganz in der Nähe das ewige Meer, die große Erndterin und Jerslöcherin dieses fröhlichen Gesellschaft; drauf sah ich es an seinem Teufel das Fest misseren zu mollen.

Von all diesen Dingen empfing Gaud nur einen verworrenen Eindruck; sie lagte zwar und war erregt, im inneren Herzen aber doch bedrückt davon, daß sie fortan hier leben sollte. Sie ging mit ihren Altersgenossinnen auf dem Platz umher, wo Spielbuden und Seiltänzer alle aufgeschlossen waren; und die jungen Mädchen bezeichneten ihr die Männer aus Paimpol oder Ploubazlanec mit Namen. Vor den Wiederjüngern stand ein Trupp Wälder und hörte zu; einer davon war von Meisengestalt, und als die Mädchen hinter ihnen vorbeiging, sagte Gaud mit leichtem Spott: „Das ist aber ein großer!“ der jedoch nicht ausgesprochene Gedanke war: „Wer den da heiratet, hat nicht viel Platz neben ihm im Haus!“

Der Riese hatte sich umgedreht und sie vom Kopf bis zu Fuß mit einem Blick gemustert, der zu sagen schien: „Wer ist denn das feine Mädchen in der Landestracht? man hat sie doch noch nie gesehen!“

Darauf hatte er höflich die Augen gesenkt, um sie nicht durch Anstarrn zu beleidigen; er schien aufmerksam dem Gesang zu lauschen und man sah weiter nichts mehr von seinem Kopf als das zornliche lange und rauhe Haar.

Während Gaud nach dem und jenem Namen gefragt, hatte sie nach diesem nicht zu forschen gewagt: das feine Profil, der stolze, etwas schneue Blick, die prachtvollen braunen Augen hatten Eindruck auf sie gemacht und sie zugleich eingeschüchtern.

Hr. Wieland (Dem.): Die Eisenbahnen müssen wieder zum Rückgrat unserer Finanzen werden. Die Ausschufträge bewegen sich in dieser Richtung. Das Arbeitszeitgesetz muß die bestehenden Vorschriften weniger arbeiten als die Süddeutschen. Andererseits darf gegen die am Streik beteiligt gewesenen Beamten keine Maßregeln getroffen werden.

Verkehrsminister Gröner: Das Gutachten des Reichsverbandes der Industrie schätzt den Personalbedarf zu niedrig, wie ich aber bemerkt, das Kostenverhältnis soll und muß sichergestellt werden. Ueber die Schwierigkeiten der Wagenstellung sind wir jetzt hinaus. Jetzt müssen auch die Geuben mit allen Kräften gefördert. Halbenstunden sammeln sich nicht allein wegen Wagenmangels an, sondern es müssen auch die Arbeitskräfte zum Verladen vorhanden sein. Seit dem 1. April sind die Halbenstunden auch wesentlich zurückgegangen. Die Kriegsschäden an den Lokomotiven werden bis zum 1. April 1922 vollständig beseitigt sein. In der Frage der Tarifpolitik wird der neue Reichsverband seine Beratungen am 1. Juli aufnehmen. Die auf Niedrighaltung der Personalarbeit gerichteten Wünsche werde ich wohlwollend prüfen. Für bestimmte begrenzte Aufgebote bin auch ich ein Freund gemeinschaftlicher Interessen. Soweit das aber auf die Reichsbahn Anwendung finden kann, bleibt sehr zu überlegen.

Hr. Kaufhäuser (H.S.): Der Kampf um die Eisenbahnen spiegelt deutlich die wiedererlebte Macht des Privatkapitals wieder. Der Reichsverband der Industrie arbeitet still aber wirksam an der Ueberführung der Bahnen in den Privatbesitz. Darüber stehen auch die Ausführungen des Dr. Reichert keinen Zweifel, und die Erklärungen des Ministers waren mehr als laut. Die Ueberführung der Eisenbahnen wird nicht auf die neue Staatsform zurückzuführen, sondern auf diejenigen, die den Krieg und seine Folgen verschuldet haben. Die Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie ist ein demagogisches Machwerk, das in der Anlage der Ursachen des Defizits die Tatsachen auf den Kopf stellt.

Die eigentliche Unterbilanz der Eisenbahn hängt nicht mit der bürokratischen Verwaltung zusammen, sondern mit den Kriegsschulden. Die Utopia zählt heute noch geradezu lächerlich geringe Zahlen. Die Personalausgaben fallen gegenüber den gestiegenen Materialpreisen kaum ins Gewicht. Eine stärkere Kontrolle der Industrie mit Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit könnte die industriellen Ausgaben wesentlich zurückführen. Die Sozialversicherungsanstalten hat die richtigen Wege zur Entlastung der Eisenbahnen gezeigt. Erst wenn die Postaffären in den staatlichen Besitz übergeführt werden sind, werden die Eisenbahnen die Erträge abwerfen, deren wir bedürfen. Redner behauptet, daß trotz aller Versprechungen die Vergeltungspolitik wegen des Streiks im vollen Gange sei, und daß infolgedessen die Privatindustrie den Aufschwung abzubauen beginne.

Aufhäuser schließt seine mehr als zweistündigen Ausführungen mit einer Warnung an den Minister, die Führer der Gewerkschaften zu mahnen.

Hr. Daur (Bader, W.) wendet sich gegen die Zentralisierung des Beschaffungswesens für die Eisenbahnen.

Hr. Baarh (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Verwaltung wegen der Währungsreform und am Streik beteiligten Eisenbahner und gegen das Arbeitszeitgesetz. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Morgen mittags 1 Uhr: Einzelberatung und Anfragen.

### Erhöhung der Beamtenbezüge

Berlin, 11. Mai. Der Hauptausfluß des Reichstages betraf heute das Haushaltsgesetz und die neuen Gehaltsverordnungen. Angenommen wurde die Regierungsvorlage. Danach beträgt der Feuerungsbeitrag in den Bezügen der planmäßigen und außerplanmäßigen Reichsbeamten:

1. Vom 1. bis 30. April 1922 zum Grundgehalt, den Diäten und dem Urlaubsgeld, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 M nicht übersteigen, 60 Proz., im übrigen 50 Proz.

2. Vom 1. Mai 1922 ab zum Grundgehalt, den Diäten und dem Urlaubsgeld, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 M nicht übersteigen, 120 Proz., im übrigen 65 Proz. Außerdem zu den Ueberzahlungen 65 Proz. Eingefügt wurde ein Paragraph, der bestimmt, daß die Dienstzulagen an Ministerialräte für die Führung von Direktionsgeschäften und an Offiziere in gleichen Stellungen der Reichswehr vom 1. Mai 1922 ab 16 000 M jährlich betragen sollen. Daron sollen 6500 M nicht pensionsfähig sein. — Ministerialdirektor von Schlieben erklärt nach Annahme der Regierungsvorlage, daß nunmehr die Stellen sofort angewiesen werden, den Beamten die Erhöhungen auszusprechen.

### Die Beratungen über die Sicherung der Ernährung

Im Hauptausfluß des Reichstages wurde am Dienstag die Debatte über die Getreidemenge fortgesetzt, in deren Ver-

lauf Reichs ernährungsminister Professor Fehr ausführte, seine Einstellung zur öffentlichen Getreidewirtschaft sei insofern eine grundsätzliche, als die Volksernährung unter allen Umständen gesichert und der Wrotpreis erträglich gestaltet werden müsse. Der Minister widerlegte wieder einmal die Behauptungen, deres habe im vorigen Jahre versprochen, die Umlage werde nicht wiederkehren. Er habe eine Aufhebung des Umlageverfahrens davon abhängig gemacht, daß nicht neue schwerwiegende Umstände im Wirtschaftsleben eintreten, die die Einfuhr des Getreides unmöglich machen. Das sei aber insofern eingeleitet, und daher sei es nicht möglich, auf die Umlage zu verzichten. — Bei der Debatte über die Nationalitätspolitik forderte Genossin Behm-Schub die Sicherung der Erfüllung der abgeschlossenen Lieferungsverträge, damit nicht wieder, wie im vorigen Herbst, verabschiedete Lieferungsverträge an andere Stellen geliefert werden, wo man höhere Preise erzielt. Die Preise müßten unter Zugrundelegung der Friedenspreise einheitlich festgelegt werden. Wenn die Landwirtschaft die Einbeziehung für ihre Produkte mit der Geldentwertung begründe, dann müsse sie auch die Höhe dem jetzigen Geldeinhalt anpassen. Wenn heute für Kartoffeln 300 M gefordert werden, dann liegt ein Wucher bei der Landwirtschaft und beim Großhandel vor, gegen den einzukreiten die Regierung verpflichtet ist. Minister Fehr sprach sich gegen eine Zwangsverpflichtung der Kartoffeln und ein Umlageverfahren aus. Die Sicherung der Versorgung müsse auf dem Wege der Lieferungsverträge erreicht werden. Für die notwendige Wagenstellung seien bereits die erforderlichen Schritte eingeleitet worden. Es sei zu hoffen, daß man auf dem Wege der freien Vereinbarung zu Preisen in angemessenen Grenzen gelange. Bei der Behandlung der Ackerbauwirtschaft wies Genossin Behm auf die Missergebnisse der Ackerbauwirtschaft hin und sagte, daß es sich hier um ein streng monopolisiertes Gewerbe handle, das auch eine Zwangsverpflichtung darstelle, die allerdings den Zweck habe, die Preise hoch zu halten und das Volk auszubeuten, um beispiellose Gewinne zu erzielen. In der Abstimmung wurde u. a. ein Ferntramsantrag angenommen, der besagt, daß eine Getreidemenge in der bisherigen Form nicht möglich sei, da sie die notwendige Vermeerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gefährde. Die Sicherung der Versorgung des Volkes mit Brotgetreide müsse die rechtzeitige Sicherstellung einer genügenden Vorratsreserve unter Berücksichtigung des Preisverfalls für Wintergetreide verlangt werden. Eine andere Resolution des Senats, die den Abschluß von Brotlieferungsverträgen in Kartoffeln und Weizen ergreife und Verbräucher durch Vermittlung der Reichsregierung fordert, wurde angenommen.

In der Mittagspause wurde ein sozialdemokratischer Antrag, den Aufschwung des Reiches zu den durch die Empfohlenheit der ausländischen Lieferungen und der sonstigen Durchführung der Auslandsbezüge entstehenden Kosten von 71 Millionen auf 100 Millionen zu erhöhen, abgelehnt. Für die Verbilligung des Auslandsgetreides für die Brotversorgung wurden 953 Millionen Mark bewilligt.

### Aus der Partei

Nachh. Soc. Verein. Auf das am Sonntag, 14. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Garten zur „Aronne“ stattfindende Vortragsfest des Sozialdemokratischen Vereins sei nachdrücklich aufmerksam gemacht. Die Genossen erwarten auch den Besuch unserer Parteifreunde aus den umliegenden Orten, besonders auch aus Karlsruhe.

H. Köhling, 9. Mai. Wie die Schlußreden erläutern, soll am Montag, 8. d. M., der junge Kaplan der hiesigen Gemeinde in einer Schlußrede eine Stunde zu früh zum Reichstagsunter-richt erschienen sein. Die Lehrerin stellte ihn zur Weile, worauf beide in einen heftigen Wortwechsel gerieten, der sogar bei dem jungen Kapitan in Handgreiflichkeiten ausartete. Das dieses Vorkommnis zur Hebung des Ansehens des Schulunterrichts beiträgt, wird wohl niemand behaupten wollen. Es dürfte Sache der Ortsbehörde sein, die notwendigen Schritte zur Unterbindung der Angelegenheit zu tun. Dem Herrn Dr. O. es gelte, wenn ein Arbeiter herbeigeführt wird, ebenso lange am Grabe verweilen, wie es bei „besseren“ Beerdigungen der Fall ist, und nicht kurzerhand davonziehen!

### Parteilosen und Leser des „Volksfreund“

berücksichtigt bei euren Einkäufen die

### Geschäftliche Rundschau!

Kauft nur bei den Geschäftsleuten,

die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Das war also „der junge Gaud“, von dem sie bei den Moans stets hatte reden hören als von Schwabers Freund! Am Abend desselben Tages waren ihr die beiden Freunde begegnet als sie mit ihrem Vater ging; sie gingen Arm in Arm und Schwabers blieb sofort stehen, um die Verwandten zu begrüßen.

Gaud hatte ihn stets als einen jungen Bruder betrachtet und als entferntere Verwandte blickte sie sich. Sie hatte im ersten Augenblick mit dem Du geredet, als sie den hochgewachsenen Siebzehnjährigen mit dem schwarzen Bart erblickte; als sie aber sah, daß die guten lindlich blickenden Augen dieselben geblieben, hatte sie sich schnell wieder mit ihm zurecht gefunden. Wenn er sonst nach Paimpol gekommen war, hatte sie ihn immer zum Essen dabei gehabt, denn bei ihm zu Hause ging es gar knapp zu und er hatte sehr guten Appetit!

Um der Wahrheit die Ehre zu geben, so war Gaud bei dieser ersten Begegnung, die an der Ecke eines düstern Gäßchens stattfand, nicht besonders artig gewesen. Er hatte sich darauf beschränkt, mit einer fast vornehm zu nennenden Art den Hut abzuschütten, und nachdem er sie schnell wieder noch einmal angeschaut, ließ er die Augen zur Seite schweifen, als wäre ihm die Begegnung unangenehm und als ob ihm daran läge, möglichst schnell weiter zu kommen. Ein harter Westwind segte die grünen Zweige zur Seite, die bei der Prozedur gestreut worden waren, er drehte die weißen Flügel zusammen, die immer noch an den Häufertänden hingen; und der Himmel drohte Regen. Gaud erinnerte sich jetzt am Ende ihrer langen Träumerei, wie die ärmlichen und ängstlichen Leute sich vor dem Regen in die Schänke geflüchtet hatten. . . . und der Gine da vor ihr ärgerte sich offenbar, ihr in den Weg gelaufen zu sein! Wie anders war es seit jenem Abend in ihr geworden!

Und wie ein Unterschied zwischen dem Räm jenes Festtages und der Stille an diesem Sonntagabend, wo die Stadt wie ausgehoben schien! Bangsam senkte sich die Dämmerung herab und immer noch sah das vertriebene Mädchen am Fenster, träumerisch und allein.

Die zweite Begegnung hatte bei einer Hochzeit stattgefunden. Der junge Gaud war Gaud zum Brautheirn bestimmt und sollte sie führen. Jetzt hatte sie sich vorgerebet, ärgerlich darüber zu sein, daß sie am Arm dieses langen Menschen, der allen durch seine Größe auffiel, durch die Stadt gehen sollte, und der sicher nicht wußte, wie man sich zu verhalten hat. Genau ge-

nommen, hätte sie sich aber durch seine stolze und etwas stolze Art eingeschüchtern.

Zur festgesetzten Stunde war die Hochzeitsgesellschaft vollständig versammelt und nur Gaud fehlte noch. Man wartete, aber er kam nicht und endlich wurde beschloffen, nicht länger auf ihn zu warten. Da wurde Gaud inne, daß sie sich nur für ihn allein geschminkt hatte, und daß sie ohne ihn wieder am Hochzeitstag, noch am Tanz Vergnügen finden würde.

Endlich erschien Gaud und aufschuldig sah er seine Verlegenheit bei den Brautleuten. Der Grund seines Spätkommens bestand darin, daß von England aus eine große „Pan“ Fische signalisiert worden war, die in der Richtung von Ploubazlanec am Abend vorüber kommen würde. Diese Nachricht hatte einen wahren Aufruhr in Ploubazlanec hervorgerufen, und was nur an Barken im Hafen war, mußte eilig demant und zum Fang hergerichtet werden. Selbst im kleinsten Dorf war alles auf den Weizen; häufig holten die Frauen ihre Männer aus dem Brautheirn, und schon sie vor sich her, damit sie ins Laufen kamen, ja, die Weiber hatten sogar die Segel in Bereitschaft setzen und allüberall mit Hand anzulegen.

Von den Gästen unternahm, erzählte Gaud auf ganz ungezwungener Art und bespielte seine Worte mit dem ihm eigenartigen, lebhaften Mienenpiel. Sein Lächeln ließ prachtvolle Zähne sehen, und es war überaus drallig, wenn er, um die überströmte Gile besser zu veranschaulichen, ein „Duh“ hören ließ, jenen langgezogenen Ruf, mit welchem die Matrosen einander zur Gile anzusprechen pflegen. Gaud hatte sich in aller Eile einen Stellvertreter suchen müssen und Wäde damit gehabt, daß der Eigentümer der Barke, dem er sich auf den Winter verheuert hatte, diesen annahm. So war es zugegangen, daß Gaud so spät kam, und da er nicht auf die Hochzeit verzichten wollte, entging ihm kein Gewimmeln am Fang.

Niemand ärgerte Gaud noch, denn die Fischer mußten alle, wie es bei solchen seltenen Gelegenheiten zugeht; hängen sie doch alle vom Meere und dessen Ueberleben ab, von der Günst oder Ungünst der Witterung und den geheimnisvollen Wanderungen der Fische. Die anwesenden Fischer von Ploubazlanec behaupteten nur, nicht gleichzeitig mit den Gefährten von Ploubazlanec die Nachricht von diesem Vermögen erhalten zu haben, das ihnen draußen auf dem Meer vor der Nase vorbeischwamm.

(Fortsetzung folgt)

# Schuldebatte im Badischen Landtag

## Ein Tanz ums goldene Kalb als agrarisches Intermezzo

Die agrarische Profitsucht kennt keine Grenzen. Ein Teil der Zwangswirtschaft nach dem andern mußte fallen im Interesse der „Freiheit“, was bedeutet soll im Interesse höherer Preise. Nun kommen die Reste der Notverordnungen daran. Ein Kapitel hierzu wurde in der Landtags-Sitzung vom Donnerstag geliefert, in der der Antrag des Landbundes auf Aufhebung der Verordnung über den Tabakanbau und damit auf völlig uneingeschränkten Tabakanbau behandelt wurde. In harter Gewandarbeit der Konsequenzen des Antrags wies Minister Memmel darauf hin, wie sehr die Volksernährung leidet, wenn immer mehr heimischer Boden dem Lebensmittelanbau entzogen wurde. Energisch und scharf verlangten die sozialdemokratischen Mitglieder, Abg. Gen. Maier-Heidelberg und Strobel die Voranstellung der Volksernährung vor den Argumenten der Profiteure und der Agitation. Jedoch umsonst. Von der überparteilichen Landtagsmehrheit wurde der Landbundesantrag auf Aufhebung der Verordnung zum Tabakanbau angenommen. Die „freie Wirtschaft“ hat wieder gefiegt. Das Volk jedoch hat das Nachsehen, was sich bei den fürzulegenden Parteien des Landtags bedanken kann. Von den Ausstellungen des in der Schuldebatte bürgerlicherseits so sehr gepredigten christlichen Geistes merkt man danach wenig, wenn es sich um Fragen materiellen Inhalts handelt.

Nachmittags-Sitzung vom 10. Mai

Abg. Ritter (Komm.) wendet sich gegen die Brügelpädagogik und kritisiert die Häufung durch Geistesliche. Dies brachte nur einen Abgang gegen Religion und Geistesliche bei. Die Kirche segnet den Krieg, sie kann deshalb nicht als Erziehungsinstitut bezeichnet werden. Wir wollen mit anderen Erziehungsmethoden bessere Menschen erziehen. Die Hochschulen seien die Massenenergie. Ein Professor der Technischen Hochschule benötigt deren Zeugnisse für sein Privatunternehmen. Die Verlängerung des Fortbildungsschulunterrichts ist ein Schaden des Zentrums, um die Jugend in seine Strahlen zu bekommen. Die Lehrbücher müssen in freibürgerlichem Geiste gehalten sein. Wir lehnen den Unterricht ab. Wir sind bereit, das heutige Staatsgebäude zu zerstören und ein anderes an seine Stelle zu setzen.

Präsident Wittmann hält die Äußerungen des Abg. Ritter gegenüber der Kirche für wenig ritierlich. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (M.) betont die Notwendigkeit der Förderung der geistigen und sittlichen Kultur. Staat und Kirche müssen hierbei in einem friedlichen Verhältnis stehen. Die Sozialdemokratie sollte den Satz aufgeben, daß Religion Privatfache ist. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Deutschland ist erfreulich. Das Kultusministerium bringt den Kirchen-Verständnis entgegen. Die Kirche sollte durch mit dem Staatsministerium verhandeln können, statt mit den einzelnen Ministerien. Wir treten für die Freiheit der Wissenschaft und die Rechte der Universitäten und der Studentenschaft ein. Die materialistische Geschichtsauffassung bedeutet eine Gefahr für die Freiheit der Universitäten. Ich möchte vor dem im „Volkfreund“ eingeschlagenen Weg warnen, daß sich der Staat die Leute ausliefere, die auf den Universitäten studieren. Gegen studentische Exzesse ist vorzugehen. Damit ist jedoch studentische Wut und Dumor nicht zu verwechseln. Die heutige Studentenschaft ist erst, fleißig, mäßig und durchaus sozial denkend. Was den Fall Kantorowicz betrifft, so könnten wir eigentlich mit der Regierungserklärung zufrieden sein. Herr Dr. Ritter beschuldigt eine Art Notwendigkeit an Herrn Kantorowicz. Bei der Behandlung ist Professor v. Welow und Professor für Sache in ein schiefes Licht gekommen. Kantorowicz würdigt nur die formalen Gaben Bonards und bezeichnet ihn als Verfälscher des deutschen politischen Charakters. Man kann v. Welow's Protestantismus nicht als Antikatholizismus ansprechen. Ein Protest gegen den Artikel Kantorowicz war notwendig. Die Studentenschaft muß das Recht haben, ihre Mißfallen auszudrücken.

Staatspräsident und Unterrichtsminister Hummel:

Der Etat zeigt, daß unser Land sich in Bezug auf Kulturaufgaben aufs äußerste anstrengt. Wir haben in dieser Hinsicht Anspruch auf die Bezeichnung „Mutterland“. Wenn es uns gelingt, unser Fortbildungsschulwesen wieder auf die Höhe zu bringen, so kann sich unser Land hinsichtlich des Schulwesens in Deutschland sehen lassen. Die Mitglieder des Landbundes haben zu Beginn der Rede des Unterrichtsministers das Haus verlassen; demzufolge deshalb, weil der Minister das Wort ergriff, ohne daß sich ein Redner seiner Fraktion zum Unterrichtsminister geäußert hätte. Wir liegen uns die Förderung des kirchlichen Schulwesens angelegen sein. Soziale Gestaltung und Staatsbürgerkunde liegen schon lange im Bereich der Fortbildungsschule. Grundständig zur ungeteilten Arbeitszeit überzugehen wäre nicht möglich. Im neuen Schulgesetz werden alle organisierten Reformen hineingearbeitet. Im höheren Schulwesen sind grundlegende Reformen kein Bedürfnis. Wir wollen deshalb mit der einsprachigen Oberrealschule die Erfahrungen anderer Länder abwarten. In der Aufbauschule werden wir zu einer Lösung kommen. Doch hängt diese Frage mit der Neuordnung der Lehrerbildung zusammen. Wir hoffen in 14 Tagen hierüber eine Denkschrift herausbringen zu können. Dem Hochschulleben werden wir erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Professoren bezeichnen eine starke Belastung unseres Staates. Ohne private Hilfe wäre die Bauartigkeit unserer Hochschulen nicht möglich gewesen. Dem deutsch-schweizerischen Hilfskomitee spricht die Unterrichtsverwaltung für ihre Hilfe ihren Dank aus. Der Fall Kantorowicz hat einen größeren Raum beansprucht, als mir lieb ist. Der Unterrichtsminister muß sich hier mehr als Verwaltungsbeamter wie als Politiker fühlen. Die Unterrichtsverwaltung und die Universitäten sollen sich möglichst wenig um die Meinungsäußerungen der Professoren kümmern. Ich war auf einen Ausgleich der Gegensätze in vielen Erörterungen bedacht. Ich glaube bei meinen Wegen auf der Linie der Gerechtigkeit geblieben zu sein. Was aus den Studenten unternehmen wissen wir nicht. Doch werden wir uns die Disziplinierungen vorgenommen werden. Ausdrücken der Studenten habe ich für gut; auch wenn politische Fragen erörtert werden. Die Studentenschaft hat sich in der Verammlung vernünftig benommen. Es ist nicht Sache des Senats, die politische Tätigkeit von Professoren zu kritisieren. Darin bin ich mit Abg. Dr. Mohr einig. Ebenso ist an der nationalen Stimmung des Professors Kantorowicz nicht zu zweifeln. Die Angriffe der Professoren Kantorowicz und v. Welow kompensieren sich. Man darf die Universitäten nicht als Hort der Reaktion bezeichnen. Die Mehrzahl der Professoren sind unpolitische Persönlichkeiten. Was den vom Abg. Ritter beigegebenen Professor der Technischen Hochschule betrifft, so kann ich nur sagen, daß die Unterrichtsverwaltung nur dankbar ist, daß dieses Institut — das Institut der Gasforschung — nach Karlsruhe kam. Was die Pädagogik betrifft, so haben wir hierüber an unseren Universitäten bereits eine Reihe Einrichtungen. Mit den Entscheidungen

der Hochschulkonferenz über erweiterte Zulassung zu den Universitäten wird ein gewaltiger Fortschritt erreicht. Das Schulgesetz, das dem nächsten Landtag vorliegen wird, bringt zahlreiche organisatorische Reformen.

Abg. Dr. Verfurth (Ztr.) äußert sich zum gewerblichen Schulwesen und tritt für den Religionsunterricht in den Gewerbeschulen ein.

Nächste Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Interpellation zum Tabakanbau und Unterrichtsstat. — Schluß der Sitzung: 7 Uhr.

gr. Karlsruhe, 11. Mai.

51. Öffentliche Sitzung

Präsident Wittmann eröffnet die Sitzung um 8.45 Uhr.

Antrag zum Tabakanbau

Agarische Profiteure gegen Volksernährung

Abg. Sad (Zentr.) berichtet über den Antrag der Abg. Gebhard (Abd.) u. Gen., worin die Regierung ersucht wird, die Verordnung vom 16. Februar 1920 bezugl. vom 27. Februar 1922 betr. Anbau von Tabak mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Der Antrag beantragt mit Recht, diesem Antrag auf Aufhebung der Verordnung zuzustimmen.

Abg. Gebhard (Abd.), Engelhard (Ztr.) befürworten den Antrag auf Freigabe des Tabakanbaus.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Wir können uns nicht davon überzeugen lassen, daß die Aufhebung der Verordnung nötig ist. Wir können der Aufhebung der Verordnung nicht zustimmen, weil wir diese nationalpolitische Politik für falsch halten. Denn diese Anträge sind nur der Ausfluß der Verheißungen des Landbundes beim Wahlkampf. Es ist nicht der Ausfluß der besseren Überzeugung, die diese Anträge erzeugen, sondern der Eitelbegierde des Landbundes. Die bürgerlichen Parteien sind aus besonderen Gründen genötigt, dabei mitzuschwimmen. Wirtschaftliche Gründe oder Nothwendigkeitsmomente liegen jedoch zum Antrag nicht vor. Man hätte auf das Füssen und Denken der Massen, die nicht genügend Brot haben, Rücksicht nehmen sollen.

Abg. Sahn (Dem.) tritt für die Aufhebung der Tabakverordnung ein.

Minister Memmel wendet sich gegen die Äußerung des Abgeordneten v. Bodman und der letzte Minister des Innern seien päpstlicher als der Papst. Wenn ein Landhändler Minister des Innern wäre, könne er auch nicht anders handeln, wie aus Vordern erdichtlich. Alle Parteien erheben täglich Forderungen auf Verschöpfung von Lebensmitteln. Wir brauchen Lebensmittel von auswärts. Je mehr Lebensmittel wir jedoch selbst bauen, umso besser können wir uns ernähren. Das Tabakanbauverbot. Wir sehen jedoch hier den Tanz ums goldene Kalb (Sehr richtig). Eine Verweigerung muß einem angelegentlich solcher Anträge beikommen, wenn man dann wieder die Angriffe auf die Regierung wegen der schlechten Ernährung leitet. Herr Gebhard meinte, von den Steuern von Tabak fönnte Gelderbe eingeholt werden; ich möchte da erwidern, daß bereits von Interessenten Vorläufe gegen die Getreideeinfuhr vorliegen. Beschließen Sie wie Sie es für gut halten! (Abg. v. Au (Ztr.) tritt für die Aufhebung der Tabakverordnung ein. Er äußert sich sehr richtig, in einigen Tagen bereits die Regierung in einer Volksversammlung wegen der ungenügenden Ernährung anklopfen.

Abg. Weishaupt (Ztr.) verlangt die Aufhebung der Reste der Zwangswirtschaft.

Abg. Freilich (NSD.) Die Forderung auf Befreiung der Reste der Zwangswirtschaft ist nicht anderes als ein Alibi auf die Volksernährung. Durch die Aufhebung des Verbots von Tabakanbau wird die Ernährung des Volkes nur noch schlechter.

Abg. Strobel (Soz.) weist auf den Ernst des Antrages hin. Wir sind uns der Verantwortung bei Annahme dieses Antrages bewußt. Die Folgen der Annahme dieses Antrages fallen auf die Zustimmung. Die Maßnahmen bezüglich des Tabakanbaus ist hauptsächlich nicht schädlich. Der Streit ist unnötig zum Jahre gekommen. Wir können der Notwendigkeit der Volksernährung Rechnung aber nicht der Profiteure einzelner Landwirte. Wunders Sie ich aber nicht, wenn die Selbsthilfe der Jungern, den und Darobden einsetzt. Wir können unser Volk kaum ernähren und betteln bei anderen Staaten und da kommen solche Anträge. Das ist keine verantwortungsvolle Politik. Wir lassen uns davon leiten, unserem Volke Lebensmittel zu beschaffen, während der Tabak nicht nötig ist. Wir lehnen deshalb den Antrag ab.

Abg. v. Au (Ztr.) tritt für die Aufhebung des Verbots von Tabakanbau ein und wendet sich gegen den Vorwurf, daß hier ein Tanz ums goldene Kalb vorliege.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) wünscht zur Unterfuchung der Rechtsfrage eine Rückverweisung des Antrages an den Ausschuss. Andernfalls müßte ich, entgegen meiner ursprünglichen Absicht, für Aufhebung der Verordnung eintreten.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) tritt für Rückverweisung des Antrages an den Ausschuss ein.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) äußert, daß Ernährungsfrage des badischen Volkes würde durch diesen Antrag nicht in Frage gestellt. Andererseits ist zu sagen, daß man bereits heute Fleisch, Mehl und Wein im Ausland billiger kauft. Es kommt wieder die Zeit, wo die Landwirtschaft um die Ertrags kämpfen muß (Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Dann lernen die Landwirte wieder beten). Ja, dann lernen sie wieder beten. Ohne Religion pfeift der Mammonismus Oranien. Wir sollten uns der volkswirtschaftlichen Auslandsrisse erwachen. Erhebungen werden nicht auf uns; schließlich von welcher Seite sie kommen. (Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): 1 200 000 Tonne Kartoffeln hätten auf den Tabakfeldern gebaut werden können).

Es folgt eine Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abg. Dr. Rehter (Ztr.), Dr. Glöckner (Dem.) beteiligen. Abg. Verthe (Abd.) erklärt, sich nicht einschließen zu lassen.

Abg. Strobel (Soz.) betont, nicht gebrocht zu haben, sondern nur auf die Folgen solcher Anträge hingewiesen zu haben. Minister Memmel erläutert die Notwendigkeit der Tabakverordnung. Mit Bayern und Württemberg belämpfen wir die schädlichen Auswirkungen des Fremdenverkehrs und schaffen entsprechende Gebühre hierfür. Ich habe mich nicht gegen die Landwirtschaft gewandt, sondern nur gegen die Agitatoren.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) zieht seinen Antrag auf Rückverweisung des Antrages an den Ausschuss zurück.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag des Landbundes. Die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten haben bis auf den Abg. Maier-Heidelberg den Antrag abgelehnt. Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Ich zweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses an. Es ergibt sich jedoch, daß noch 47 bürgerliche Vertreter anwesend sind. Das Haus ist also beschlußfähig.

Der Landbundesantrag auf Aufhebung der Verordnung zum Tabakanbau wird mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen gegen die Stimme des Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) angenommen.

Die Petition des gemeinnützigen Vereins Kleingemünder betr. Vollzug des Gesetzes über die Vereinigung der Gemeinde Kleingemünder mit der Stadtgemeinde Neckargemünder wird empfehlend in bestimmtem Sinne überwiesen.

Hierauf setzt das Haus die Beratung des Unterrichtsetats fort.

Abg. v. Au (Abd.) wünscht Pflege des Idealismus. Die Lehre an den Universitäten muß frei sein. Der Lehrer an den Universitäten muß in seinen Überzeugungen frei sein. Das sind ihm durch seinen Beruf gewisse Grenzen gezogen. Zum Fall Kantorowicz billigen wir die Haltung des Ministeriums. Wir müssen den Familienfinn wachen. Das Kind muß von der Straße weg. Eine republikanische Geschichte haben wir bis jetzt nicht. Deshalb kann man sie auch noch nicht festhalten. Im Mittelpunkt der Geschichte stehen immer wieder Menschen. Auch den Fürsten müssen wir Gerechtigkeit zuteil werden lassen. In der Demokratie hat sich die Minderheit der Volksmehrheit zu fügen; darin scheitern sich jedoch die Kommunisten nicht einzulassen zu wollen. Während der Schulzeit sollte sich die Jugend nicht politisch betätigen. Wir wünschen die nationale Gemeinschaftsschule. Dieser Zustand soll erhalten bleiben. Ich wünsche mehr auf dem Boden der Simultanfächer. Der Volksschullehrer bedarf einer philosophisch-pädagogischen Hochschulausbildung.

Nach längeren persönlichen Bemerkungen des Abg. Dr. Mohr (Ztr.), der erklärte, daß das Wort von der „religionslosen Lehrerschaft“ nicht von Zentrumsseite und nicht in Baden fiel, vertagt sich das Haus um 1 Uhr auf nachmittags 3 Uhr.

Zweite Redereihe zum Unterrichtsetat

Abg. Dr. Schmidt-Karlsruhe (Ztr.): Die heutige Tabakdebatte erweckt fast den Eindruck, als ob die Wirtschaftspragen vor den Kulturfragen stehen. Trotzdem muß sich die Wirtschaft dem christlichen Geist anfügen. Auch die Politik muß von der Religion durchdrungen sein. Die Reichsregierung hat die kirchliche der Dotationen kann ruhig offen bleiben. Ich gebe zu, daß die mehrheitssozialdemokratische Fraktion versucht, die kirchliche der Dotationen auf den geringsten Grad der Mäßigkeit herabzumindern. Aber die kirchliche der Dotationen ist noch da. Das zeigt die Stellung zum Kultusetat. Auch Enthaltung der Stimme ist keine kirchenfeindliche. Weist der Sozialismus selbst Religion sein will, kann er keine Religion neben sich dulden. Ich unterscheide zwischen Sozialismus und Sozialisten. Ich anerkenne, daß die Sozialisten sich Zurückhaltung auferlegen. Solange die Reichsverfassung den Satz ausspricht, die Kirchen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, ist der Satz „Religion ist Privatfache“ im Parlament nicht berechtigt. Der Staat hat ein Interesse an guten interkonfessionellen Beziehungen. Hierüber kann ich nur gutes sagen. Das beweisen die 20 Simultanfächer, die wir im Lande haben. Keine Organisation ist besser in der Lage, die Menschen zu bessern, als die Kirche. Zugunsten ist, daß nicht alle Christen solche Christen sind, wie wir sie wünschen. Die Revolution hat vor der Kirche halt gemacht. Die Kirchen sind Säulen des Reichsaufbaues. Staat und Kirche brauchen einander. Namens des katholischen Volkes lege ich Verwahrung gegen die Vorwürfe des selbstverleumdenden Generalkommandos des 14. A. L. gegenüber der Geistlichkeit ein. Redner verbreitet sich des längeren über staatliche Rechtsverpflichtungen an die Kirchen. Ich möchte für die kirchenaustritte liegen heute tatsächlich zumeist in den Kirchensteuern. Deshalb muß bei den Kirchensteuern ein Maximum beibehalten bleiben. Das Offenlassen der Reichsregierung des Staates gegenüber der Kirche ist eine brauchbare Grundlage. Die Abolition der Reichsregierung wäre für die Kirche unerträglich.

Abg. Weismann (Soz.):

Es erregte ein eigenartiges Empfinden, daß in die Unterrichtsdebatte die Landwirtschaftsdebatte fiel. Es sieht so aus, als ob manche Leute es nicht sehen können, daß man 2-3 Tage über den Unterricht debattiert, ohne über die Landwirtschaft zu sprechen. Es ist keine Partei da, die für die Volksernährung mehr geleistet hat, als die Arbeiterpartei. Vor 30 Jahren wurde in Berlin durch Wilhelm Liebknecht hierzu der Grundstein gelegt. Nur langsam bricht sich in der Lehrerschaft der Gedanke Bahn, daß in der Sozialdemokratie ihre Ziele sich verwirklichen. Ich erinnere hier an den neulichen sozialdemokratischen Lehrertag. Die Arbeiterpartei ist bereit, ihren Kindern die bestmögliche Schulbildung zu geben. Die Schule findet deshalb unser stärkstes Interesse. Man darf heute sagen, daß das Kultus- und Unterrichtsministerium viel weniger Ansehungen erfahren hat als früher. Wichtig ist, daß im Kultusministerium zu wenig Beachtung ist. Wir danken dem Minister und den Beamten für ihre Arbeit. Der Minister sollte der

Seitensstunden

auf den Universitäten und der Rechtsprechung auf den Schulen mehr Beachtung schenken lassen. Wie in Leipzig sollten sich die bürgerlichen Universitäten mehr der Journalistik annehmen. (Zusammenruf des Abg. Dr. Schöfer.) Es gibt Leute, die eine sehr merkwürdige Auffassung von den Journalisten haben. Wenn sie vor jemandem zu reden werden sie gelobt; tadeln sie aber jemand, dann werden horre Werte gebraucht. So sehr man auf die Zeitungen schimpft, es kann sie heute niemand mehr entbehren. Die Konferenz in Genua zeigt, daß ohne die Journalisten die Welt nicht mehr bestehen kann. Auch der Badische Landtag braucht die Journalisten. Ich bin Herr Dr. Schöfer war erbot, als einmal eine von ihm sehr spät gehaltene Rede von den „Pressearbeitern“ da oben nicht gebraucht wurde. Meine Beobachtungen in den Redaktionen zeigen mir, daß der Rechtsprechung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Auf dem Gebiete der Stenographie bekommen wir eine Einheitsstenographie. Esperanto scheint nicht Weltsprache zu werden, wie Frau Abg. Under wünschte, sondern, wie Genua zeigt, hiefren Französisch und Englisch Weltsprache. Innerlich ist, daß heute in der Schulen noch Leselinde verbreitet werden, die nicht in die Republik passen. Wir sind befriedigt davon, daß am

neuen Lesebuch

und Sozialdemokraten mitarbeiten. Wir verlangen das neue Lesebuch im Geiste der Republik. Wir anerkennen, daß auch die kirchlichen Lesebücher hervorzurufen; aber es gibt Lesebücher, die nur die Fürsten existieren. Wir wünschen, daß auch aus den unteren Kreisen diejenigen herauskommen, die entsprechende Fähigkeiten haben. Die Lehrmittelfreiheit reicht nicht aus. Wir brauchen Studiengeld für unbemittelte begabte Schüler. Als der Abg. Ritter gestern sagte, daß die Schulzeit nicht, bedauerte ich die Abwesenheit des Abg. Vogt, der z. B. in Moskau weilte. Herr Vogt hätte sicher eine andere Rede gehalten als Abg. Ritter. Wenn man Kritik über eine andere Rede Reformvorschlüge machen. Herr Ritter unterließ es aber, solche zu machen. Lenin sprach mal aus, daß man ohne Intelligenz den Staat nicht regieren kann. Zur Handarbeiterschaft braucht man eben auch die Arbeiterpartei. Auch Herr Ritter wird noch einsehen müssen, daß man nur Schritt für Schritt reformieren kann. Das Budget setzt hierfür Wege. Die kommunistische Art des reinen Regierens schlägt jedoch nicht zum Wohle der Arbeiterpartei aus. Wir begrüßen den Ausbau der Gewerkschaften. Das Verhältnis des Schülers zum Lehrer müßte ein innigeres werden. Dies kann durch besseres Kennenlernen der Eltern der Schüler mit dem Lehrer erreicht werden. Die Frage der Elternbeiträge sollte mehr gefördert werden. Wenn zu Hause über den Lehrer gesprochen wird, wirkt dies nicht gut auf das Kind. Bei der Lehrerbildung haben wir die Befürchtung, daß deren Hochschulausbildung den Geldbeutel des Vaters

So sehr in Anspruch nimmt, daß nicht mehr Söhne der unteren Schichten des Volkes Lehrer werden können. Wir wünschen einen kennzeichnenden Lehrstand. Die Frage der ungeteilten Arbeitszeit in der Schule hat ihre zwei Seiten. Wir Sozialdemokraten bemitleiden das Budget bei den Sozialdemokraten. Abg. Müller (Zit.): Ich möchte die Stellungnahme des Professors Kantorowicz, die stellt sich aber der Abg. Dr. Mayer, Karlsruhe dazu, daß Kubandoff gegenüber heutigen Staatsmännern in deutschsprachigen Zeitungen des Auslandes Stellung nimmt und sie schmälert? Die Corps auf den Universitäten schätzen sich noch mehr als früher ab. Die Ausschüsse haben den Geist ihrer Geburtsstunde vergessen. Den studentischen Hochmut schämen wir. Redner äußert Spezialwünsche für die theologische Fakultät und für katholische Studierende. Gegen die Liebertreibung des Sports muß ein kräftiges Wort gesprochen werden. Hand in Hand mit der Sportfertigkeit geht eine innere und äußere Verrohung. Die alten Sprachen sind nicht Selbstzweck, sondern wollen denkende und führende Menschen erziehen. Im alten Obrigkeitsstaat hat der Grundbesitzer die Pflanzzeit nicht immer Stellung gehabt. Unsere Stellenbesetzung kann den Vergleich mit der Nachkriegszeit wohl aushalten. Er fällt zugunsten der Nachkriegszeit aus. Die Herrschaftszeit des badiischen Nationalliberalismus war die schlimmste Zeit für die Arbeiterschaft. Wir wollen keine Oberlehrer aus der Wahl der Lehrer, sondern deren Ernennung. Wir können uns keine Erziehung denken, die nicht auf religiöser Grundlage aufgebaut ist. Wir stehen auf dem Standpunkt der Befähigungsschule. Doch wollen wir den Schulbetrieb nicht fördern. Das Schulgesetz muß die Durchführung des Religionsunterrichts sichern.

Abg. Marum (Soz.): Man hätte eigentlich mit weniger Redenarrivitäten auskommen können. Auch meine Partei schüttelt alles Wohlwollen auf die Lehrer aus. Ich will keine große Generaledrede halten, sondern nur einige Punkte herausgreifen. Zur Rede des Abg. Schmitt möchte ich erklären, daß wir es ablehnen, für die Stellung thüringischer sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter verantwortlich gemacht zu werden. Wenn wir gegenüber den Forderungen der Kirche Stimmhaltung üben, so ist dies keine Feindschaft, sondern wir stehen neutral gegenüber. In eine Prüfung der

**Rechtsfrage der Dotationen**  
lassen wir uns gegenwärtig nicht ein. Wir haben nichts anerkannt und behalten uns jegliche Stellungnahme vor. Ebenso können wir keine Bindung anerkennen. Es ist heute keine Zeit dazu, diese Frage zu entscheiden. Eine Partei hat hierzu kein Zugeständnis gemacht und macht keines. Wenn Fall

**v. Below-Kantorowicz**  
möchte ich mich vor allem dagegen wenden, daß man linksgerichteten Professoren ihre staatsbürgerlichen Rechte beschneidet. Anzuerkennen ist, daß Kantorowicz sich in seinem Artikel im Nachhinein des Zulässigen bediente. Wogegen ich mich wenden muß, das ist die Stellung des Senats. Dessen Beschluß bedeutet eine Einmischung in die politische Stellung des Dozenten, die aufs Schärfste zurückzuweisen ist. Dem Senat gehörte auch Professor Oßig an, Teilnehmer der „Freisauer Jg.“, der sich schon aus Anstand eines Urteils hätte enthalten sollen. Die Herren vom Senat hätten ihre Meinung auf Ruhe und Ordnung beschränkt an Professor v. Below und an die Studenten gerichtet. Am bedenklichsten ist die Drohung mit disziplinarischen Mitteln gegenüber Professor Kantorowicz. Es ist das eine unzulässige Annäherung des Senats. Das Unterrichtsministerium ist hierüber gleicher Ansicht gewesen, hat jedoch den Senat mit dem handschriftlichen angefaßt. Wenn der Senat ohne Recht einschreitet, so hat er seine Befugnisse überschritten. Als v. Below die Autorität der deutschen Regierung heruntersetzte, hat der Senat nichts getan. Gegen die geschäftlichen, unmaßvollen Behauptungen v. Belows über die jetzige Regierung ist der Senat nicht eingeschritten. Auch die Artikel v. Belows erschienen in einer schweizerischen Zeitung. Die wissenschaftlichen Leistungen des Professors v. Below anerkennen ich; aber er wirkt komisch: ein Talent zwar, aber kein Charakter. Bei der ganzen Frage handelt es sich nicht um Personen, sondern um Exponenten verschiedener Staatsauffassungen. In Kantorowicz will man den Republikaner treffen; in v. Below sieht man die altzeitliche Auffassung. Es ist bei uns

**Hochschulen**  
keiner so, daß ein großer Teil der Professoren auf einem Boden steht, der sich im Gegensatz zum heutigen Staat befindet. Republikaner kommen auf den Universitäten nicht voran. Wir finden hier eine geschlossene Bilanz. Ist es nicht befremdend, daß der Schöpfer der deutschen Verfassung, Professor Preuß, an keine Universität kommen kann, daß der beste Volkswirtschaftler Deutschlands, Professor Schäfers, von Marburg zurückgemusst wurde, daß Nicolai an eine südamerikanische Universität geschickt wurde. Die Autonomie der Universitäten ist zweifellos etwas geschäftlich geworden. Demals waren sie aber auch finanziell selbständig. Nach meiner Auffassung kann man diesem Autonomierecht sehr kritisch gegenüberstehen. Es schadet gar nichts, wenn gezeigt wird, daß die Universitäten die Autorität des Staates anerkennen müssen. Mit der Autonomie geraten wir in die Gefahr einer Inzucht bei den Universitäten (Abg. Dr. Köber: Sehr richtig!). Wir machen uns lächerlich, wenn Republikaner an den Universitäten zurückgesetzt werden. Die Universitäten bilden die Staatsbeamten und sollen später auch die Lehrer bilden. Da verlangen wir, daß diese nicht im Geiste der Opposition, sondern der Verfassung erzogen werden. Zugabe ist, daß sich die soziale Lage der Dozenten seit dem Kriege sehr verschlechtert hat. Ich unterstelle deshalb alle Maßnahmen zur Besserung der Lage der Professoren und Dozenten. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß nicht nur finanzkräftige Kreise in die Universitätskarriere kommen können. Die soziale Befähigung der Dozenten und Assistenten ist auf die Dauer unzulässig. Bei den Studenten geht ein Riß durch die reichen und armen Substanzierenden. In einem Teil der Korporationen wird ein Leben geführt, das nicht zu billigen ist. Es ist zwar manches besser geworden und auch politisch hat sich manches gebessert. Und zwar deshalb, weil die Offiziersgeneration nicht mehr auf den Universitäten ist. Ich befürchte nur, daß diese als Referendare und Assistenten nichts dazu lernen und nichts vergehen haben. Sichtlich der materialistischen Geschichtsauffassung beruht Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe die materialistische Geschichtsauffassung mit der materialistischen Weltanschauung. Meine Partei hat idealistische Auffassungen.

Abg. Frau Kiegel (Zit.) äußert sich zu Erziehungsfragen.  
Nächste Sitzung: Freitag früh 10 Uhr. Tagesordnung: Unterrichtsstat.

**Ueber die Geschäftsfrage des Landtages** kam es in dem Vertrauensmännereauschuss zu kurzer Aussprache. Die Arbeiten werden sich wohl bis zu Ende Juli oder Anfang August erstrecken. Gegenwärtig ist das Arbeitsministerium im Haushaltsauschuss in Angriff genommen, dann wird folgen das Finanzministerium. Beide Vorschläge sind dann im Plenum zu behandeln. Das wird nach Pfingsten geschehen. Im Laufe dieser Woche soll in öffentlicher Sitzung nach dem Budget des Autus und Unterrichts — mit Ausschluß des Fiskus: Wissenschaft und Kunst, der im Haushaltsauschuss noch nicht vorberaten ist, verabschiedet werden. Die Ausschüsse werden dann die Pfingsten händig tagen. Dadurch dürfte es möglich sein, den Staatsvoranschlag zum größten Teil im Haushaltsauschuss erledigen zu können. Außerdem werden der Rechtspflege-Ausschuss und der Ausschuss für Gesetze und Gesetzentwürfe arbeiten.

**Sozialdemokratie und Metallarbeiterstreik**

Nachdem wir infolge des Streikrechts im badiischen Landtag nicht in der Lage waren, über die kommunistische Interaktion zum Metallarbeiterstreik ausführlich zu berichten, tragen wir nunmehr die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners hierzu nach. In seiner Rede im badiischen Landtag führte Abg. Genosse Strelitz folgendes aus:

Die kommunistische Aufgabe beschäftigt sich damit: Welche Schritte hat die Regierung bis jetzt unternommen, um den für berechtigten Forderungen im Kampfe streikenden Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen? Die Frage ist nicht spruchreif, daß die Arbeiter das Vertrauen zu ihren Führern verloren haben; das müssen die Gewerkschaften unter sich selbst ausmachen. Wir haben ein Urteil nach dieser Seite hin nicht abgegeben, können es auch nicht fällen. Denn die Gewerkschaften wählen ihre Vertreter alljährlich, und die Führer, die ihnen nicht gefallen, werden am Jahresanfang nicht wiedergewählt, sobald das Entschuldigungsrecht über die Vertrauensfrage eintritt und allein den Gewerkschaften zusteht, keine anderen Korporation. Zu dem Kampfe selbst muß ich erklären, daß dieser Kampf seitens der Unternehmer so unehrlich als möglich benannt wurde, denn man hat, wenn man von der Arbeiterschaft Mitleidungen will, auch andere Mittel zur Verfügung; und die Arbeiterschaft geht keiner Vertilgung nach der Seite hin aus dem Wege. Aber ein Diktat, wie es jetzt mit allem Nachdruck betrieben wird, eine einmal gebührte Vergünstigung ihr wieder freitrag zu machen, muß den schärfsten Widerstand auslösen. So ist die Ursache des Kampfes zu verstehen, so ist sie auch zu erklären, und deshalb der intensive Zusammenhalt der Streikenden um das, wozum sie kämpfen, um nichts zurückzugeben von dem, was ihnen durch tarifliche Vereinbarungen zugehört ist. Was hier tariflich vereinbart ist, sind Ertragsleistungen der Arbeiter selbst, und die Regierung hat keine Möglichkeit — und ich möchte es auch gar nicht wünschen —, hier irgend einen Nachspruch fällen zu können. Wenn um diese gebührten Vergünstigungen Kämpfe ausbrechen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, so müssen die Kämpfe durchgeschlagen werden

und in diesen Kämpfen wird Sieger bleiben, wer am längsten ausdauern vermag. Da glaube ich, daß die Neben der Anfrager nicht die glücklichsten gewesen waren. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!). Ganz besonders diejenigen des Kollegen Müller, der einerseits vom allgemeinen Ansehen des Selbstvertrauens der deutschen Arbeiterschaft sprach, und der andererseits über die öffentlichen Körperlichkeiten, Behörden, Staat usw. arbeitete um besondere Fürsorge. Als alter Gewerkschafter in diesem Falle muß ich ein derartiges Vorgehen um so mehr bei den öffentlichen Körperlichkeiten ablehnen. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Wir sind in Deutschland gewerkschaftlich so stark, daß diese 150 000 hier im Streik lebenden Metallarbeiter von den freien Gewerkschaften, den christlichen und den kirchlichen Danksagenden, die eben interessiert sind, über Wasser gehalten und unterstützt werden können, um den Kampf mit dem Unternehmer aus eigener Kraft auszufechten. Diesen Standpunkt möchte ich nachdrücklich vertreten. Wir bitten auch nicht die Regierung um einen Nachspruch in dieser Frage, sondern die Regierung soll die ihr obliegende

**Neutralität nach allen Seiten hin**  
wahren. (Zuruf auf der äußersten Linken: Soll sie!) Tat sie auch bis jetzt. Es ist kein gegenläufiger Fall bis jetzt vorhanden. (Zuruf des Abg. Gähler.) Wenn irgendwas die behördlichen Organe aufgeben werden müssen, so ist die andere Seite bis jetzt die Ursache gewesen. Was wahr ist, muß wahr bleiben, und ein Kommunist sollte sich nicht auf den Boden der Unwahrheit begeben. (Lebhafte Zurufe links: Sehr gut und Weiter!) Das paßt zu seiner sonstigen idealen Auffassung keineswegs, jedoch ich hier eben erkläre: diese Neutralität muß die Regierung halten. Wie wir als Gewerkschafter bei einem Kampfe die Regierung nicht fragen und befragen, ob wie den Kampf beginnen wollen, so wollen wir uns auch nicht durch einen Zwangsanspruch die Beendigung des Kampfes vorschreiben lassen. Darüber wollen wir selbst entscheiden. Das Selbstentscheidungsrecht der Gewerkschaften stünde in diesem Falle in Gefahr, wenn man den Antragstellern in irgend einer Form Rechnung tragen wollte. Was die Regierung nur noch tun kann, ist vermittelnd einzugreifen; das ist bis jetzt geschehen. Ich habe das Vertrauen zum badiischen Arbeitsministerium und auch zur badiischen Gesamtregierung, daß diese Vermittlungstätigkeit von ihr nicht vernachlässigt, sondern gefördert und im geeigneten Zeitpunkt von neuem aufgenommen wird. Wenn es ihr nicht gelingt, eben schießlich die Frage beizulegen, dann bedarf es des Weiterkämpfens, und darüber entscheiden die im Kampfe stehenden. Ich bin überzeugt, daß gerade die Metallarbeiter in Deutschland schon jetzt zu sehen, seine Klasse zu leeren. Da läßt sich die Sache nicht. Denn die Anknüpfungen vermissen ganz die Opferwilligkeit, die die Arbeiterschaft auszeichnet, wenn es sich um die Erlangung besonderer Rechte handelt. In diesem Falle müssen die Unternehmer auch den Willen der Arbeiterschaft in allererster Linie mitzuspüren. Wenn man von Schäden spricht, so glaube ich, annehmen zu dürfen, wenn einerseits der Arbeiter Schaden hat, daß aber auch der Unternehmer nicht ungeschädigt davonkommt. Wenn man abgesehen hätte bei Beginn des Kampfes, hätte es das Leben nicht bedroht; sondern es hätte andere Wege der Verständigung gegeben. Wir ist aber von Verhandlungsbereitschaft erzählt worden, daß die Arbeiter zur Fortsetzung des Kampfes und zur Führung mit aller Schärfe

nicht in Baden ihren Sitz haben, sondern daß sie in Württemberg sitzen (Lebhafte Zurufe: Hört, hört!), und daß von Württemberg die Stimmung erregt wird von Seiten der Industriellen, hier aber auch nicht im geringsten entgegenzukommen, währenddem ich von Industriellen Wadens weiß, daß sie bis jetzt und zur gegenwärtigen Zeit den Kampf überhaupt nicht gewollt haben.

So liegen also die Zusammenhänge, und man muß die Dinge nehmen, wie sie sind. Auerkannnt wird werden, daß die Metallarbeiterstreik Wandbeims und Umgebung bis jetzt diesen Kampf, so gut es ging,

**in größter Ordnung**  
und Muttergütigkeit geführt hat. Ein Schrei nach Schuß der Arbeitswilligen ist nicht notwendig. Der eine angezogene Fall, der Fall Stoh in Mannheim, wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Schützer des Unternehmens, der Förstner usw., mit ihren Händen dazwischen gekommen wären, um auf die Streikenden die Hunde zu heben, was ebenfalls zu einer weiteren Erregung beigetragen hat. Demnach das Unternehmensum die selbe Ruhe wie die Arbeiterschaft in diesem Kampfe, dann werden die Zusammenhänge verstanden werden können; und der Kampf, der sich hier entwickelt hat, für eine Sache, die der Arbeiterschaft hoch und heilig ist, wird in aller Ruhe, aber auch in aller Sachlichkeit durchgefochten werden können, ganz gleich, mit welchem Ende und mit welchem Erfolg das sein wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nur einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen der Kollegin Linger: Sie stellt unsere Anträge wegen der Fürsorge für Kinderbewerber auf gleiche Stufe mit den Anträgen, die jetzt zur Unterfertigung der Streikenden gestellt werden. Die sozialer Fürsorge Bedürftigen befinden sich dauernd in einer

Notlage, sie sind meistens alt, siech, krank, haben irgend welche Gebrechen u. dergl., können nicht selbst das nötige Einkommen verdienen, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können, sie bedürfen der öffentlichen Fürsorge. Es ist da also mit einer dauernden Erscheinung zu rechnen. Bei dem dagegen, was hier beantragt wird, handelt es sich um eine vorübergehende Erscheinung. Der Streik dauert nicht ewig und dauert nicht immer, sondern kann in 8 Wochen, kann in 6 Wochen, kann in 8 Wochen oder in 3 Monaten zu Ende sein, einmal wird er sein Ende finden. Bei einem Streik handelt es sich um einen Kampf zwischen Kapital und Arbeit, und mit einem solchen Fall hat die soziale Fürsorge, wie sie jetzt die Kollegin aufführt, nichts zu tun (Abg. Müller: Sehr richtig!), sondern in diesem Falle haben die Klassenorganisationen einzuschreiten, nicht die Sozialdemokraten, ihren Kämpfenden unter die Arme zu greifen und ihnen den Kampf zu ermöglichen. Das war alter gewerkschaftlicher Grundgedanke. Kollegin Linger, vielleicht bietet sich einmal Gelegenheit, mich in einer ruhigen Stunde mit Ihnen (Weiter!) über das Ab der gewerkschaftlichen Kampfart auseinander zu setzen. Ich will es mir hier jetzt ersparen. Nun noch eine Bemerkung zum Fall Leimen. Wer den Zementfabrik von Leimen kennt, dem ist das Geschäftsgebaren dieses Mannes während des Krieges, seine Schamlosigkeit vor dem Kriege, die neuerdings wieder eintritt, nicht unbekant, jedoch ich glaube, wo hier das Unrecht liegt, liegt heute schon fest und wenn man mit Gemut die Arbeiterschaft zum Kampfe getrieben hat, so in diesem Falle. Denn es wollte keine Verständigung, die andere Unternehmer gleicher Firmen längst getroffen hatten, jedoch ich glaube, in diesem Falle sollten wir uns nicht des längeren und breiteren beschäftigen. Auch dieser Kampf muß ausgekämpft werden und was jetzt in Leimen seitens des dortigen Unternehmers versucht wird, beruht die schärfste Zurückweisung, und die vollste Sympathie verdienen die im Kampfe stehenden Arbeiter der Zementwerke Leimen.

**Badische Politik**

Den verschiedenen Anfassungen der Zentrumspresse gegen die Maßreife fügt wir heute eine weitere zu, die wir in der „Rechtzeitung“, einem kleinen, aber um so lauterem Zentrumspublikum, das in Oberriß herauskommt, finden. Der Artikel lautet:

Obernau, 1. Mai. Der erste Mai in Baden gefeierter Feiertag; heftiglich in diesem Jahre zum letzten Male. Es ist dieser gefeierter Feiertag noch ein Leberrest der roten Einflüsse 1918/19. Kommt es demnach im Bad. Landtag zur Debatte und Abstimmung, so erwarten wir, daß dieses Monstrum von Feiertag wieder aus der Welt verschwindet. Kern von den rot glühenden und überhöhten Zentren unserer Vaterlandes haben wir kein Verständnis für die Schmälerung gefeierter Feiertage. Nachdem von der kirchlichen Obrigkeit der alten badi. Hofkapelle, sowie manche andere alten kirchlichen Feiertage abgeschafft sind, weil sie namentlich von jenen nicht mehr beachtet wurden, die am meisten interessiert sind an der Rehabilitation roter gefeierter Feiertage, so müssen wir diese gefeierten Feiertage unbedingt abschaffen. Erst hätte man die von der Kirche gebotenen Feiertage.

Diese Ausschaffung amtet so richtig den Geist der Geschäftigkeit und Anzielen, wie er von jeder schon in den kleinen Zentrumspublikum anzutreffen ist. Dort in den allerdings nicht rot, sondern tief schwarz glühenden und überhöhten Zentren unseres Vaterlandes hat man allerdings kein Verständnis für Geschäftslosigkeit, für die Wünsche eines großen Volksteils unseres Landes, das glauben wir dem Reichstagsbericht auf Wart. Wegschlendert es nur, daß diese Stellen vor dem ersten Mai nicht den Mut aufbringen, in diesem Tone über den Tag zu sprechen der Leuten und Millionen heilig ist; erst jetzt, nachdem die Feiertag so glänzend verlaufen, werden sie frech und fangen an zu lästern an. Die Arbeiterschaft wird sich natürlich durch dieses Treiben nicht beirren lassen, sie wartet in Ruhe ab, was weiter geschieht.

**Streikbelohnungen**

Es wird uns geschrieben:  
Um die Befestigung der Eisenbahnen zu gehen hat Herr General G r ö n e r anlässlich des Eisenbahnerstreiks angeordnet, denjenigen Eisenbahnern eine Belohnung zu geben, die sich während des Streiks besonders hervorgetan, also mit anderen Worten „hervorragende Arbeit während des Streiks leisteten“. Man kann dies aber auch so auffassen, daß diese Belohnung bewirkt wird, um die Eisenbahner gefügiger zu machen, ihnen zu zeigen: wenn getreut wird, arbeitet weiter, denn es gibt für Rechtstreifer Belohnung.  
Nach einer Notiz des Reichsstaatsbeamten\* haben die höheren Beamten der Eisenbahnverwaltung, die sich während des letzten Streiks für den Rotbetrieb zur Verfügung gestellt hatten, einjährige denjenigen Eisenbahnern eine Belohnung zu geben, die während des Streiks besonders hervorgetan, also mit anderen Worten „hervorragende Arbeit während des Streiks leisteten“. Man kann dies aber auch so auffassen, daß diese Belohnung bewirkt wird, um die Eisenbahner gefügiger zu machen, ihnen zu zeigen: wenn getreut wird, arbeitet weiter, denn es gibt für Rechtstreifer Belohnung.

Anders verfahren über diese badiische Eisenbahner, besonders bei der Generaldirektion. Hier besahen Herren, die den Streik sehr beurteilten, hohe Belohnungen und bei manchem muß man sich fragen wozu? So z. B. Herr Oberbauamt R. 2500 M., Herr Überwachungsamt D. 2000 M., Herr Eisenbahnamtamt A. 350 M. usw. Was hat der Lebere die bessere Arbeit geleistet? Wenn diese Herren doch den Streik beurteilten, dann wäre es ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, erst recht Mehrarbeit zu leisten.

Wie man hört, soll diese Belohnungssumme eine ganz schöne Höhe erreicht haben, sie soll im Reich eine Million betragen. Was dies wirklich nötig? Hatte man sonst keine andere Verwendung für diese Gelder? Oder stammt es aus Einmühen der Abgabe von Streikenden? Es wäre natürlich aus der Zeit, daß dem Herrn Gröner gesagt würde, so geht es denn doch nicht weiter.

**Kleine badiische Chronik**

Geibelsberg, 11. Mai. Urtumsfund. Bei den Ausgrabungsarbeiten zum Rederanal am Schwabensheimerhof ließ man auf die Leberreste einer römischen Vögelschlächterei. U. a. wurden auch kleine Steinfragmente freigelegt, in denen man erkennen konnte, ein kleines Kämpchen aus Ton und ein Tongefäß stand.

Geibelsberg, 11. Mai. Unfall. Beim Anspringen auf die idyllischende Straßenbahn verunglückte in der Hauptstraße ein Mannheimer Oberlehrer. Er erlitt schwere Kopf- und Rückenverletzungen und mußte ins Krankenhaus verbracht werden.

Mannheim, 11. Mai. Marktbericht. Der Markt war gut besetzt, doch war nirgends eine Preissteigerung zu beobachten. Kartoffeln wurden zu 8.10 M. das Fund angeboten. Weizen war reichlich vorhanden. Jentner 150 M., Sargeln das Fund zu 10-12 M., Eier 4.20-4.50 M., Butter 74 M. Sehr lebhaft ging es auf dem Viehmarkt zu. Junge Schonen kosteten 70-125 M., Kühe 70-125 M.

Freiburg i. Br., 11. Mai. Rücktritt des Oberbürgermeisters Dr. Emil Thoma. Oberbürgermeister Dr. Thoma hat in einem Schreiben dem A. ds. Rats, den Stadtrat um Vergebung in dem Ruhestand gebeten.



**Rheinische Creditbank**  
 Filiale Baden-Baden.  
 Telefon: 1180 — 1190 — 1580 — 1581 — 1582 — 1584 — 1585.

**Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G.**  
 Filiale Baden-Baden  
 Luisenstraße 2 (gegenüber der Trinkhalle).  
**Bankhaus Carl T. Hermann & Co.**  
 Sofienstraße 6. Telefon 101 u. 704.

**Karl J. Kessel** Baden-Baden  
 Sofienstr. 22, Tel. 609.  
 Kaufm. Sachverständiger u. Treuhänder  
 Vermögens- und Nachlassverwaltungen. — Immobilien und Hypothekendarlehen. — Ankauf- u. Versicherungen.

**Detektiv Rulo** Baden-Baden  
 Ludwig Wilhelmstr. 22 — Weit-Auskunft  
 Ermittlungen jeder Art  
 Reell 845 Telefon 943 Diskret

**SPEZIAL-HUT-GESCHAEFT**  
 KARL BEHRLE  
 LANGESTR. 14 TELEPH. 892

**Färberei u. Chemische Waschanstalt**  
 Friedrich Thomas (Gegründet 1872).  
 Sofienstrasse 21, Baden-Baden.  
 Beurenstrasse 16, Tel. 708, Baden-Lichtenthal.

**Hotels, Restaurants, Café u. Vergnügen**

**Hotel „Europäischer Hof“**

**„Kurhaus - Restaurant“**  
 Weingroßhandlung.  
 Zweiggewölbe:  
 Städtisches Merkur-Restaurant.

**Brenners Kurhof**

**Hotel Russischer Hof**  
 Haus I. Ranges  
 das ganze Jahr geöffnet

Im Quellenhof (Erdgeschoss):  
**ALTE BADISCHE WEINSTUBE**  
 Im süßen Lächel  
 Spezialität: Bad. Landweine vom Faß  
 Bekannt durch Küche und Keller

**HOTEL ATLANTIC**  
 an der Lichtenthaler Allee  
 Fließendes Wasser — Bäder — Appartements

**REGINA-HOTEL**  
 P. KEPPELER  
 VORNEHMSTES FAMILIENHOTEL

**HOLLAND-HOTEL**  
 das erstklassige Familien-Hotel  
 Geöffnet vom 1. März bis 1. Dezember.

**HOTEL DREI KÖNIGE**  
 Südlage. Nähe des Kurhauses und der Kuranlagen. Neuzeitlich eingerichtet. Centralheizung. Das ganze Jahr geöffnet.  
 L. August Hoffmann.

**Hotel Schwarzwaldhof**  
 Wein- und Bier-Restaurant. Gut bürgerl. Haus  
 In nächster Nähe der Bade-Anstalten  
 Telefon Nr. 9 A. Wädele.

**Hotel und Badhaus „Zähringer Hof“**  
 Vornehmes, behagl. Familienhotel, Thermalbäder  
 — Grosser Park —

**Peter's Badhotel „Zum Hirsch“**  
 das ganze Jahr geöffnet. Eigene Thermal-Bade-Anstalt. Pensionspreis

**Hotel Schweizerhof**, rechts am Bahnhof  
 Gut bürgerl. Haus. Centralheizung, elektr. Licht  
 Das ganze Jahr geöffnet. Tel. 511. Hst. Max Hoffmann

**Hotel Markgräfler Hof**, Besitzer Nr. 172  
 gegenüber dem Bahnhof. J. Hetschbeck  
 Gutbürgerl. Haus, 7 Qualitätsweine, gute Küche

**Trocadero-Künstler-Spiele** Baden-Baden  
**Kinema-Palast** Gernsbacherstraße

**Gefächliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan**

**Möbelhaus Kaiserhof** Baden-Baden, Sofienstrasse 22  
 Billigste Bezugsquelle in Wohnungs-Einrichtungen, Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen.

**Partiewarenhaus Jos. Götzl**

Herren- und Damenbekleidung, Wäsche, Stiefel zu bekannt billigen Preisen.

Abfahrt in Richtung:

Pforzheim		Bruchsal-Heidelberg		Schweiz-Mannheim		Ettlingen-Rastatt		Durrmorsch-Rastatt		Maxau-Pfalz		Eppingen	
Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.	Vorm.	Nachm.
W 4.25	1.00	4.25	12.25	4.25	2.15	5.25	12.25	6.15	12.25	6.25	12.25	6.25	12.25
W 6.30	1.00	6.30	2.15	6.30	2.15	7.30	12.25	7.30	12.25	7.30	12.25	7.30	12.25
W 8.40	1.00	8.40	2.15	8.40	2.15	9.40	12.25	9.40	12.25	9.40	12.25	9.40	12.25
W 10.45	1.00	10.45	2.15	10.45	2.15	11.45	12.25	11.45	12.25	11.45	12.25	11.45	12.25

W: Wochentags. Sa: Samstags. S: Sonntags. W\*: Wochentags ausgenommen Samstags. D: D-Zug. L: Luxuszug.

**Rheinholdt-Haus** Baden-Baden  
 Inh.: Erich Batschari  
 Ältestes und größtes Spezialhaus Badens für Cigaretten Cigaretten Rauchtabake  
 Man verlange Preisliste!  
 Für Wiederverkäufer günstigste Sonderpreise.

**Eduard Amend**  
 Telef. 1082 B.-Baden Langestr. 9  
 Herren- u. Knaben-Konfektion, Herren-Artikel

**Geschwister Knopf**  
 Größtes Kaufhaus am Platze

**Jos. Meermann**  
 Gernsbacherstr. 13 u. 15 Tel. 770  
 Weiß-, Woll- und Modewaren.

**C. F. KOPF**  
 Langestraße 8 — Telefon 206  
 Spezialhaus f. Gardinen  
 Anfertigung nach Angabe.

**Ludwig Finzer** Lichtentalerstr. 3  
 Wäschehaus für Damen und Herren.  
 Eigene Werkstätten Aussteuern.

**Albert Fromherz** Langestr. 29  
 Manufaktur Modewaren Konfektion.  
**Fridolin Weißhaupt** Langestr. 29  
 Herrenkonfektion u. Maßarbeit.

**Modehaus Gebr. Schmidt**  
 Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Seidentoffe  
**Carl Seck**, Wilhelmstraße 4  
 Manufaktur- und Modewaren  
 Aussteuer-Artikel Herren-Anzugstoffe  
 Telefon Nr. 109 **E. JACOBY** Sofienstr. 14  
 Erstes Haus für Damen-Moden.

**Joh. Schnürle**, Langestraße 50  
 Schnhwaren Mass und Reparaturen.  
**Schuhhaus Karl Groß**  
 Baden-Baden, Weststadt  
 empfiehlt sein reichhalt. Lager zu billigen Preisen

**Genuß- und Lebensmittel, Zigarren**  
**Kaufhaus Jos. Huck**  
 12 Langestraße 12  
 Billigste und beste Bezugsquelle für alle Artikel des täglichen Bedarfs.

**Telephon Adolf Kaufmann** Inselstr. 4  
 Fisch-, Wild- und Geflügelhandlung.  
**Leo Kah**, Metzgerei u. Würsterei  
 Langestraße 29 Telefon 10.

**Amelanken**, Langestr. 31  
 Spezialgeschäft feiner Fleisch- u. Würstwaren  
**A. Walter**  
 Landesprodukten-Großhandlung

**Joseph Seher** 41 Langestr. 41  
 Telefon 904  
 Kolonial-Delikatessenwaren.  
**PIANOS**  
 Mäßige Preise  
**Hermann**  
 Langestr. 58 Tel. 473

Sattlerei feiner Leder- und Reiseartikel  
**Karl Zürcher**  
 Küferstrasse 7.  
 Größtes Partiewarengeschäft, billigste Bezugsquelle für Herren- und Damen-Kleider, Schuwaren  
**E. Rosbusch**  
 Büttnerstrasse 7.

**Garage Brüderlein**  
 Inh.: Georg Heller.  
**Halbstoffwerk Obertsrot**  
 G. m. b. H.

**Wiener Bazar Jul. Nachmann**  
 Sofienstrasse 20 — Tel. 201.  
**Möbelhaus Aug. Baer**  
 Büttnerstrasse 10.

**Möbelhaus Loeppchen**, Merkurstr. 4  
 Uebernahme kompletter Einrichtungen — Billige Preise.  
**Keramische Werke und Ofen-Fabrik**  
**Leo & Karl Marx**, Baden-Baden  
 Kachelöfen, Herde und Sidelungsöfen.

**Garage Zabler**  
 Merkurstrasse 11 — Tel. 186  
 Adler-Vertretung — Benzin — Öl — Gammli.  
**Th. Schneider**, Säge- und Hobelwerk  
 Baden-Oos — Tel. 241.

**Gustav Joos**, Gernsbacherstrasse 32,  
 — Telefon 132. —  
 Ausstattungs- und Baugeschäfte  
 Eisenwaren — Baugeschäfte.  
 Spezialität: Reinaluminium-Kochgeschirre  
 in besten Qualitäten infolge rechtzeitiger  
 günstiger Einkäufe weit unter den heutigen  
 Tagespreisen.  
 Wärmeflaschen in verzinnt, vernickelt und  
 Kupfer, größte Auswahl, billigste Preise.

**Färberei u. chem. Reinigung J. Schmitz**  
 Inh.: H. Schnepf, Maximilianstrasse 100.

**Wihl. Hupka, Badenia-Drogerie**  
 Drogen — Chemikalien — Sanitätswaren  
 Photo-Artikel.

**SPORT-HAUS NAGELMENZ**  
 BADEN-BADEN  
 A. Stöckel, Bäderstr. 2  
 Ant- u. Verkauf Antiquitäten aller Art, rarer Teppiche Silber und Gold etc.

**Garage Huse Auto-Wagen**  
 Lackiererei — Tel. 987.  
**August Frey**, Inh.:  
 Jos. Frey, Brennmaterialienhandlung, Tel. 70.

**Stella-Lagermetall**  
 in 6 Qualitäten  
 Verlangen Sie gratis Prospekt.  
 Stella A.-G., Oos.

**Brennmaterial sparen**  
**Kachelöfen, Kachelherde**  
 von Carl Roth Nachf. (E. Löw) Oos.

**Wahlmann & Ebert**  
 Baden-Geroldsau  
**Dampfsägewerk und Holzhandlung**  
 Gustav Weber otto Dieterle & Cie.  
 Baden-Lichtental  
 Baugeschäft, Sägewerk, Holzhandlung, Innere-Dekoration

**Kaufhaus Emil Nachmann**  
 Gernsbach (Baden)  
 Billigste Bezugsquelle für  
**Manufaktur, Weißwaren, Herren- und Damenkonfektion**  
 Möbel, sowie Aussteuerartikel

**Rud. Heilenmann**, Sofienstr. 3a  
 gegenüber der Reichspost am Leopoldplatz.  
**Spezial-Haus feiner Herren-Moden.**  
**Josef Schmaldenberger**, Langestr. 20  
 Schuhwaren, Eigene Werkstätte.

**Sägewerke Baden-Baden**  
 G. m. b. H.  
 Baden-Baden-Geroldsau  
 — Telefon 288. —

**Ettingen**  
**A. Streit** Manufaktur Modewaren  
**Joh. Seiter**, Ettingen  
 Hut-, Mäntel-, Schirm- und Sport-Artikel.  
 Hut- und Schirmreparaturen.

**Futterartikel, Kunst- dlingen, Sämereien**  
 Gross- und Klein-Verkauf.  
**Ludwig Jaeck**, Kronen-  
 Pforzheimerstrasse 83  
**Robert Britsch**, Metzgerei u. Würsterei

**Max Falk** Zigarrenhaus P. Rees  
 Kolonialwaren  
 Mehl u. Futtermittel  
 Erstes u. ältestes Spezialgeschäft am Platze.

**Rentschler Söhne, Sägewerk**  
**G. Schneider & Söhne**  
 Ettingen bei Karlsruhe  
 Grosses Lager in Papieren und Kartons  
 aller Art für sämtliche Verwendungszwecke.

**Kaufhaus Freund & Co.** Carl Becker, Schuhwaren  
 Ettingen. Reparaturen jeder Art.  
**Hack & Blau**  
 Eisenwaren-Fabrik Telefon 47.

**Loeser & Leonhardt**  
 Diamantwerkzeugfabrik.  
**Eisen- u. Metallgießerei**  
 G. m. b. H., Ettingen. Telefon 144.  
 Beste handhabungssichere **Sprengstoffe**  
 für alle Zwecke  
 wie Ammonalpulver-Sprengstoffe, Silvit-Pulver,  
 Sprengkörper, Sprengpulver, Sprengsalpater,  
 Sprengkapseln, Zündschnüre, elektr. Zünder,  
 Zündapparate, Leitungsprüfer, Leitungsdrähte etc.

**Pulverfabrik Ettingen** (Baden)  
 Tel. Nr. 8.

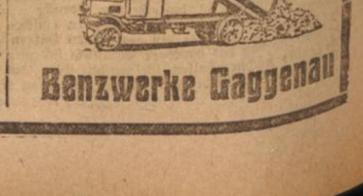
**Durlach**  
**Lederfabrik Durlach**  
 Herrmann & Eitlinger G. m. b. H.  
 Durlach bei Karlsruhe (Baden).

**Weingroßhandlung**  
 Brantwein - Brennerei - Likör - Fabrik  
**Eugen Scherer**  
 Durlach (Baden).

**Melany & Stepon**, Durlach  
 Fernsprecher Nr. 99 Hauptstrasse 43-50  
 Werkzeuge u. Beschläge  
 Haus- und Küchengeräte.

**Gritzner : Durlach**  
 Nähmaschinen — Fahrräder.

**Arnold Biber**  
 Pforzheim — Durlach  
 Fabrik zahnärztlicher Einrichtungen  
 Eisen- und Metallgießerei.



**Benzwerke Gaggenau**



kaufen Sie  
in prima Ausführung  
und billigen Preisen  
in

**Kaufmanns Etagegeschäft**

für  
**Offenbacher Lederwaren**  
**Steinstr. 6 II.**

Damentaschen      Besuchstaschen  
Klein-Lederwaren      Aktenmappen

**Drei Striche**

mit Schuhputz Pilo  
und die Stiefel sind  
blitz-blank.  
Pilo glänzt im Nu -  
und erhält die Schuh

**Residenz-Lichtspiele**

Waldstrasse 30  
5111 Teleph. 5111

Ab Freitag, 12. bis einschl. Donnerstag, 18. Mai  
ununterbrochen von nachmittags 2 Uhr bis abends 11 Uhr  
ausserdem **Sonntag, 14. Mai**, vormittags 11 bis 1 Uhr

**Fridericus Rex**  
Ein Königsgeschickel

I. Teil: „Der Sohn eines harten Vaters“  
II. Teil: „Vater und Sohn“ 3714

In der Hauptrolle:  
Friedrich der Große . . . Otto Gebühr  
Fürst von Dessau . . . Eduard v. Winterstein  
König August III. . . . Erich-Kaiser-Tietz  
Prinzessin Elisabeth . . . Erna Morona.

Ort der Handlung: Berlin, Potsdam, Dresden, Sinsheim i. B.

Man wolle gefl. beachten, daß zu sämtl. Vorstellungen  
nur an der Kasse gelobte Karten zum Eintritt berechnigen  
Freikarten, Passepartoutkarten sind ungültig.

**HAPAG**

**HAMBURG-AMERIKA LINIE**  
UNION AMERICAN LINES INC

NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-  
**AMERIKA**  
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und  
ausländische Häfen. — Hervorragende  
II. Klasse mit Speise- und Rauchsaal,  
Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer

Eine wöchentliche Abfahrt von  
**HAMBURG NACH NEW YORK**

Auskünfte und Drucksachen durch  
**HAMBURG-AMERIKA LINIE**  
HAMBURG und deren Vertreter in:  
Karlsruhe: Südd. Disconto-Ges. A.-G.  
Depotkassens Markt-Tor-Friedrichstr. 7 (Hotel Grasse)

**STADTGARTEN**

Sonntag, den 14. Mai 1922, nachmittags 4-7 Uhr  
Anlässlich des Karls-Fest-Konzert. Harmoniekapelle  
ruher Gausingerleitetes Fest-Konzert. Leitung: Hugo Rudolph  
Abends von 8-11 Uhr: „Sang u. Klang“ Doppelkonzert  
der Harmoniekapelle unter Mitwirk. des Karlsruher Sängerkorps.  
Anschließend bengalische Beleuchtung der See- und  
des Springbrunnens. Lampionschmuck der Boote  
Eintritt: nachmittags u. abends je 3 Mk (Inhaber von Jahres-  
karten) 5 Mk (Sonstige) einm. Lustbarkeitssteuer, Kinder je  
die Hälfte. Vorverkauf: Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel  
Germania und Stadtgartenschalterkasten. 84  
Bei schlechtem Wetter fallen beide Veranstaltungen aus.

Freitag, den 12. Mai 1922

**Landestheater**      **Konzerthaus**  
7-10 Uhr, Mk 45.-      7-10 Uhr Volksbühne  
Abonnement D 3      M 1  
Th. Gem. B. V. B. Nr. 2501  
bis 2500      **Der Kaufmann**  
**Scharfrazade. von Venedig.**

**Badisches Landestheater.** Im Landestheater Sa 13. \* Abonn. F 3, König Richard II 1/7 (30.-). Th. Gem. B. V. B. Nr. 2101/2300. So. 14 Neu einstudiert. Die schöne Helena 1/7 (50.-), Mo. 15. \* Musikalische Abendfeier 1/2 (15.-), Th. Gem. B. V. B. Nr. 201/700. Dia. 18. Volksbühne J. I. Martha 7 (45.-), Mi. 17. \* Abonn. C 3 Das Kind 7 (30.-), Th. Gem. B. V. B. Nr. 1401 bis 1900. Do. 18. \* Volksbühne E 8, die geraden Reihenplätze und die geraden Logen. Der Frel-schütz 7 (45.-), Th. Gem. B. V. B. alle Nummern über 3300. Fr. 19. \* Abonn. G 3. Die schöne Helena 7 (45.-), Sa. 20. Stadtgarten-Fest-halle. Wohltätigkeitsfest, Bühne und Welt Gartenfest 30.-, Modetee 30.-, Ballfest 40.-, So. 21. Lohengrin 5 (15.-), Th. 23. \* Abonn. E 3. Pater Gryn 5 (30.-) Th. Gem. B. V. B. Nr. 1001 bis 1100.

im Konzerthaus. So. 14. \* Minna von Barnhelm 1/7 (21.-), Fr. 19. Volksbühne M 2, Der Kaufmann von Venedig 7. So. 21. Volksbühne L 8, Kater Lampe 7 (21.-), Mo. 22. Volksbühne L 9, Kater Lampe 7. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theater-gemeinde jeweils am Vortag und Tag der Auf-führung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugs-karten und Vorzugsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 13. Mai, nachmitt. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 15. Mai an. 802

**Der Ring des Nibelungen.** Sa. 27. Das Rheingold. So. 28. Die Walküre. Mi. 31. Siegfried. So. 4. Juni Götterdämmerung. Sonder-abonnement: I. Rang 210.-, Sperrplatz I. 180.-, Sperrplatz II. 150.-, Park-Loge 160.-, II. Rang 130.-, III. Rang 95.-, IV. Rang 65.-. Vorrecht hierzu für Abonnenten und Inhaber von Vor-zugskarten am Mittwoch, den 17. allgemeiner Verkauf ab Donnerstag, 18. an der Theater-kasse (Vorverkauf). Verkauf zu einzelnen Vor-stellungen des Ringes von Dienstag, den 28. an.

**Deutscher Holzarbeiter-Verein**  
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

**Achtung Bauanschläger!**  
Samstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr

**Verjammlung**

in der Wirtshaus zur „Saterne“, Gartenstraße 57.  
8706 Die Sekundarleitung.

**prima Speisehar offen**  
empfiehlt zu Tagespreisen  
Lebensbedürfnis-  
verein. 8705

**Ruhfleisch**  
Pfund 28 und 30 M.  
H. Inr. Salm, Metzgermeister  
Scherrstraße 14. 8699

**Hausbesitzer!**

Wir laden sämtliche Hausbesitzer von Karlsruhe  
zu einer großen

**Kundgebung**

am Sonntag, den 14. Mai 1922, vormittags  
1/2 12 Uhr in das

**feuerio**  
Doppelfettseife  
80% Fett  
daher größte Ausgiebigkeit,  
das Beste für die Wäsche.

**VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART**  
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

**Konzerthaus**

ein. Tages-Ordnung:  
1. Das am 1. Juli in Kraft tretende  
Reichsmietengesetz.  
1. Die direkte Erhebung der Gebühren  
vom Mieter.

Eintritt Mk. 3.-, zur Bekretung der Kosten.  
Ausweis als Hausbesitzer ist vorzuzeigen.

**Grund- und Hausbesitzer-Verein**  
Karlsruhe  
Der Vorstand: Deines, 1. Vorsitzender.

Infolge der andauernden Preissteigerung  
für Rohmaterialien, Gas, Kohlen, Miete und  
sonstigen Unkosten, sowie Erhöhung der  
Löhne, sieht sich die Unterzeichnete ge-  
nötigt, ihre derzeitigen Wäschepreise zu  
erhöhen. 3700

**Vereinigung der Wäschereien  
von Karlsruhe und Umgebung.**

**Ant. Gesv. Gleichheit**  
1904

**Sonntag, den 14. Mai,  
Familien-  
Mai-Ausflug**

in den Wildpark nach dem  
alten Jagdhaus (so genanntes  
Königshaus), links  
der Grabener Allee. Für  
Nachzügler ist der Weg  
durch Wälder ebenfalls  
gemacht. Abmarsch um  
8 Uhr, Ede Park-  
und Carl Wilhelmstrasse.  
Für Erfrischungen ist gesorgt. Wanderrouten u. Zeit-  
punkte sind mitzunehmen. Hierzu laden wir unsere  
Mitglieder und deren Angehörige, sowie Fremde bei  
Bereitschaft ein. 3715 Der Vorstand.

**Bezirksverein der  
Deutsch-Österreicher**  
in Karlsruhe.

**Lichtbilder-Vortrag**  
über Deutsch-Böhmen  
vom Erzgebirge bis längs der deutschen  
Grenze im Unolonthaler, Kaiser-  
straße 211, am Sonntag, den  
14. Mai 1922, vormittags 11 Uhr

Nachmittags 5 Uhr, im Restaurant  
„Ziegler“, Baumelstraße 18

**Bankett und Ball**  
unter Mitwirkung erstklassiger  
Künstlerinnen und Künstler.  
Der Vorstand. 3702

**1 Steinschleifer**  
sowie  
**1 Schleifer**  
für alle Schleiferarbeiten  
ge sucht.

**Wabische**  
Bekleidungs-Instalt,  
Zub.: Karl Werel  
Waldstr. 5, Ettlingen (Bad.)

Bestellungen auf  
Hühner, Enten- und  
Gänse-  
**Eiern**  
kommt ab am 15. ds. Mts.  
entgegen.  
G. Maier, Im Grün 19,  
Gartenstadt.

**Paul Mühlenhaupt, Rastatt**  
Delikatessen und Lebensmittel  
Kapellenstraße 3 Telephon 526

Große Auswahl in  
nord- und süddeutschen Warenwaren,  
Aufschnitt, Eier, Butter, Käse,  
geräucherter Fische u. Fischmarinaden,  
Wein, Kognak, Liköre, Tee, Kakao,  
Kaffee, Keks, Pumpernickel u. Roggen-  
schrotbrot. — Feins e Xox Koke.

**Prännkuch & Co.**  
Zum Einlegen  
Schwere  
**Landeier**  
Eink. 420  
Prännkuch & Co.

**Spezial-  
0-Mehl**  
Pfund  
Kart 10.-  
Prännkuch & Co.

**1. Akt. Sport-Klub  
Germania  
Sportfreunde  
Karlsruhe.**

Geschäftsstelle:  
Kapellenstr. 12  
Lokal: „Grüner Baum“  
am Duracherort.

Am Samstag, 13. Mai  
abends 7/8 Uhr findet  
im Lokal „Grüner Baum“  
unser  
**Monats-Versammlung**  
statt. Da wir uns nur  
noch 8 Tage vor unse-  
rem Jubiläumstest be-  
finden, ist es Pflicht  
eines jeden Passiven  
und Aktiven pünktlich  
zu erscheinen. Wir be-  
nötigen auch noch 20  
Mitglieder für die aus-  
gewählten Sportgenossen.  
Wir richten daher an  
unsere Mitglieder die  
Bitte, jeder o. neu Sport-  
kollegen zu nehmen.  
Anmeldung in der Ver-  
sammlung.

Sonntag, 14. Mai  
1. Riege mannschaft  
zum Städte-Wettkamp  
nach Otfersheim. Ab-  
fahrt wird in der Ver-  
sammlung bekannt ge-  
geben. Abends: Zus-  
ammenkunft im  
Lokal.

**Voranzelge!**  
Samstag, 20. Mai  
Fest-Bankett  
im „Friedrichshof“.  
Sonntag, 21. Mai  
Große nationale  
Jubiläum-Weißkämpfe  
auf dem 3703  
Hochschul-Sportplatz.  
Der Vorstand.

**Fahrrad-  
Gebirgs-M intel**

erhöhter Ware, noch  
feinere Preise. (Fahrrad  
mit 10, da jeiten gän-  
ziger Einkauf.)  
Eugen Schaeffer  
Durlach  
Gauptstr. 81 b. Bahnhof.

**Prännkuch & Co.**  
Erdbeerkuchen  
**Spezial-  
0-Mehl**  
Pfund  
Kart 10.-  
Prännkuch & Co.